AMTSBLATT

der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Band VI, Stück 11 ISSN 0083-5633

Hannover, den 31. Dezember 1989

INHALT

I. Gesetze, Verordnungen und Richtlinien

Nr. 67 Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands über die Amtszucht. Vom 19. Oktober 1989..... 102

Nr. 68 Bekanntmachung der Neufassung des Kirchengesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands über das Verfahren und die Rechtsfolgen bei der Verletzung der Amtspflicht (Amtspflichtverletzungsgesetz — AVerG). Vom 6. Dezember 1989..... 104

Nr. 69 Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung zu § 67 a des Pfarrergesetzes. Vom 17. November 1989..... 119

Nr. 70 Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung zur Ergänzung des Kirchenbeamtengesetzes. Vom 17. November 1989 120

Nr. 71 Betr. Bekanntmachung der Neufassung des Pfarrergesetzes vom 4. April 1989 hier: Anlage (Ordnung für die Schlichtungsstelle) 120

II. Beschlüsse, Erklärungen und Verträge

Nr. 72 Beschluß der Generalsynode und der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Rezeption der Ergebnisse von Lehrgesprächen. Vom 16. Oktober 1989 121

Nr. 73 Entschließung der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zum Bericht des Catholica-Beauftragten. Vom 19. Oktober 1989 122

Nr. 74 Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zum Thema Gottesdienst. Vom 19. Oktober 1989 123

Nr. 75 Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Situation in der DDR. Vom 19. Oktober 1989 124

Nr. 76 Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für Hilfen der lutherischen Kirchen im Osten Europas. Vom 19. Oktober 1989..... 124

Nr. 77 Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zu Haushaltsfragen. Vom 16. Oktober 1989..... 124

III. Mitteilungen

Nr. 78	Generalsynode 1990 in Malente	124
Nr. 79	Berichtigung Amtsblatt Band VI, Stück 9, Seite 65	124
Nr. 80	Gehaltssätze und Ortszuschläge ab 1. Januar 1990.....	125

IV. Personalmeldungen

Bischofswahlausschuß.....	126
---------------------------	-----

V. Aus den Gliedkirchen

VI. Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen

VII. Deutsches Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes

I. Gesetze, Verordnungen und Richtlinien

Nr. 67 Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands über die Amtszucht.

Vom 19. Oktober 1989.

Generalsynode und Bischofskonferenz haben das folgende Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I

Das Kirchengesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands über die Amtszucht (Amtszuchtgesetz) in der Fassung vom 28. Februar 1985 (ABl. Bd. V, S. 340) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des Amtszuchtgesetzes erhält folgende Fassung:

»Kirchengesetz über das Verfahren und die Rechtsfolgen bei der Verletzung der Amtspflicht (Amtspflichtverletzungsgesetz — AVerG)«.

2. § 1 erhält folgende Fassung:

»§ 1

- (1) Dieses Kirchengesetz gilt

1. für Pfarrerinnen und Pfarrer (im folgenden Pfarrer) sowie für Pfarrerinnen und Pfarrer auf Probe (im folgenden Pfarrer auf Probe), die im Dienst der Vereinigten Kirche oder einer ihrer Gliedkirchen stehen;
2. für Ordinierte, die nicht in einem kirchlichen Dienstverhältnis stehen;
3. für Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte auf Lebenszeit, auf Zeit und auf Probe (im folgenden Kir-

chenbeamte auf Lebenszeit, auf Zeit, auf Probe), die im Dienst der Vereinigten Kirche oder einer ihrer Gliedkirchen stehen.

(2) Die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen können bestimmen, daß dieses Kirchengesetz auf andere Träger kirchlicher Dienste, die in einem kirchengesetzlich geordneten Dienstverhältnis stehen, anzuwenden ist.«

3. § 2 erhält folgende Fassung:

»(1) Die Vorschriften des zweiten Teiles dieses Kirchengesetzes sind auf Pfarrer auf Probe und auf Kirchenbeamte auf Probe nach Maßgabe der folgenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

(2) Ein Spruchverfahren kann nur herbeigeführt werden, wenn der Pfarrer auf Probe oder der Kirchenbeamte auf Probe eine Handlung begeht, für die eine Maßnahme ausreichend wäre, auf die durch Amtszuchtverfügung erkannt werden kann. In diesem Fall ist bei einem Kirchenbeamten auf Probe § 133 entsprechend anzuwenden.

(3) Ein förmliches Verfahren im Sinne des 4. Abschnittes findet bei Pfarrern auf Probe und bei Kirchenbeamten auf Probe nicht statt. Diese sind zu entlassen, wenn sie eine Handlung begehen, für die eine Maßnahme unzureichend ist, auf die durch Amtszuchtverfügung erkannt werden kann. In solchen Fällen hat die leitende Stelle eine Untersuchung anzuordnen. Die §§ 37, 38, 41 bis 48, 121 und 125 sind entsprechend anzuwenden.

(4) Aufgrund des zusammenfassenden Untersuchungsberichtes entscheidet die zuständige Stelle nach Anhörung einer Vertretung der Pfarrerschaft, bei einem

Kirchenbeamten nach Anhörung der Mitarbeitervertretung über die Entlassung. Die gemäß § 125 einbehaltenen Dienstbezüge verfallen, wenn der Pfarrer oder Kirchenbeamte auf Probe wegen Verletzung der Amtspflicht entlassen wird.

(5) Die Entlassung eines Pfarrers auf Probe und eines Kirchenbeamten auf Probe kann angefochten werden. Die Anfechtung richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen über die Anfechtung kirchlicher Verwaltungsakte.

(6) Die Folgen einer Verletzung von Pflichten durch Vikarinnen und Vikare (Predigtamtskandidatinnen und Predigtamtskandidaten) sowie Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte auf Widerruf regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.«

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Absatz 2 wird durch folgende neue Absätze 2 und 3 ersetzt:

»(2) Der Pfarrer verletzt seine Amtspflicht, wenn er schuldhaft gegen die in der Ordination begründeten Pflichten oder gegen sonstige Pflichten, die sich aus seinem Dienst- und Treueverhältnis ergeben, verstößt (§ 66 Abs. 2 PfG). Eine Verletzung der Lehrverpflichtung ist nicht eine Verletzung der Amtspflicht im Sinne dieses Kirchengesetzes; eine Verletzung der Lehrverpflichtung liegt vor, wenn der Pfarrer öffentlich durch Wort oder Schrift in der Darbietung der christlichen Lehre oder in seinem gottesdienstlichen Handeln in Widerspruch zum Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche tritt (§ 66 Abs. 1 PfG).

(3) Die Verletzung der Lehrverpflichtung (Absatz 2 Satz 2) kann als solche nicht Gegenstand eines Verfahrens nach diesem Kirchengesetz sein; handelt der Pfarrer jedoch in verletzender oder sonst seinem Auftrag nicht angemessener Weise, so bleibt die Möglichkeit, aus diesem Grunde ein Verfahren nach diesem Kirchengesetz durchzuführen, unberührt (§ 68 PfG).«

b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

5. § 4 erhält folgende Fassung:

»§ 4

Eine Verletzung der Amtspflicht kann zum Erlaß einer Amtszuchtverfügung (2. Abschnitt), zu einem Spruchverfahren (3. Abschnitt) oder zu einem förmlichen Verfahren (4. Abschnitt) führen.«

6. § 11 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

»Werden Tatsachen bekannt, die die Annahme begründen, daß der Pfarrer die Amtspflicht verletzt hat, so hat die zuständige Stelle die zur Aufklärung des Sachverhalts notwendigen Ermittlungen zu veranlassen.«

7. § 78 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

»(4) Erkennt die Kammer für Amtszucht nach Absatz 1 auf Versetzung auf eine andere Stelle, so ist im Urteil auch zu bestimmen, ob der Pfarrer ein von ihm bekleidetes Aufsichtsamt oder kirchenleitendes Amt verliert. Ist der Beschuldigte während des Amtszuchtverfahrens einschließlich der Ermittlungen und der Untersuchung bereits versetzt worden, so stellt sie fest, ob die erkannte Maßnahme als vollzogen gilt.«

8. § 79 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige einzige Absatz wird Absatz 1.

b) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:

»(2) Wenn die Kammer für Amtszucht auf eine

Beschränkung der Rechte aus der Ordination nach Absatz 1 Buchstabe d verzichtet, weil sie dies der für Maßnahmen nach Absatz 1 Buchstabe d zuständigen Stelle überlassen wollte, ist dies in der Urteilsformel ausdrücklich auszusprechen.«

9. § 85 wird wie folgt geändert:

a) Die bisherigen Absätze 1 bis 4 werden durch folgende neue Absätze 1 und 2 ersetzt:

»(1) Ist auf Versetzung auf eine andere Stelle erkannt worden, so tritt der Pfarrer mit der Rechtskraft des Urteils in den Wartestand. Der Pfarrer erhält bis zur Dauer von sechs Monaten Wartegeld in Höhe seiner bisherigen Besoldung; ist im Urteil bestimmt, daß der Pfarrer ein von ihm bekleidetes Aufsichtsamt oder kirchenleitendes Amt verliert, so sind der Berechnung des Wartegeldes entsprechend verringerte Bezüge zugrunde zu legen.

(2) Für die Durchführung der Versetzung gelten die Vorschriften des Pfarrergesetzes über die Übertragung einer anderen Pfarrstelle oder einer allgemeinkirchlichen Aufgabe an einen Pfarrer, der mangels gedeihlichen Wirkens in den Wartestand versetzt worden ist, entsprechend. Der Pfarrer kann auch auf eine Stelle mit geringeren Dienstbezügen und anderer Amtsbezeichnung versetzt werden.«

b) Der bisherige Absatz 5 wird neuer Absatz 3.

10. § 128 erhält folgende Fassung:

»§ 128

Die Vorschriften dieses Kirchengesetzes sind entsprechend anzuwenden bei Verletzung der Amtspflicht eines Ordinierten

1. dem bei der Entlassung aus einem kirchlichen Dienstverhältnis Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentverwaltung belassen worden sind,

2. der ohne Begründung eines kirchlichen Dienstverhältnisses ordiniert worden ist oder

3. dem Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung ohne Begründung eines kirchlichen Dienstverhältnisses wiederbeigelegt worden sind

und der keiner anderen kirchlichen Amtszucht untersteht. Dabei sind die besonderen rechtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen; statt auf Entfernung aus dem Dienst kann auf Verlust von Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung und von anderen bei der Entlassung aus einem kirchlichen Dienstverhältnis belassenen Rechten erkannt werden.«

11. In § 129 Abs. 1 wird Satz 4 gestrichen.

12. § 130 erhält folgende Fassung:

»§ 130

Die Vorschriften des zweiten Teiles dieses Kirchengesetzes sind bei der Verletzung der Amtspflicht von Kirchenbeamten auf Lebenszeit und auf Zeit nach Maßgabe der folgenden besonderen Vorschriften entsprechend anzuwenden.«

13. In § 131 werden

a) die Worte »in seinem Wandel« gestrichen,

b) die Worte »wie es seinem Amt und Stand gebührt« durch die Worte »wie es von einem Kirchenbeamten erwartet wird« ersetzt.

14. In § 135 wird Absatz 4 gestrichen.

Artikel II

(1) Dieses Kirchengesetz tritt am 1. Januar 1990 mit der Maßgabe in Kraft, daß § 2 Abs. 3 Satz 2 des AVerG in der Fassung des Artikel I Nr. 3 auf Kirchenbeamte auf Probe erst ab 1. Januar 1991 anzuwenden ist.

(2) Das Lutherische Kirchenamt wird ermächtigt, das Kirchengesetz über die Amtszucht in der Fassung, die es durch dieses Kirchengesetz erhalten hat, mit neuem Datum bekanntzugeben und dabei Unstimmigkeiten des Wortlautes zu beseitigen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der Generalsynode und der Bischofskonferenz vom 18. Oktober 1989 vollzogen.

H a m e l n, den 19. Oktober 1989

D. Stoll
Der Leitende Bischof

**Nr. 68 Bekanntmachung der Neufassung des Kirchengesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands über das Verfahren und die Rechtsfolgen bei der Verletzung der Amtspflicht (Amtspflichtverletzungsgesetz — AVerG).
Vom 6. Dezember**

Aufgrund von Artikel II Abs. 2 des Kirchengesetzes zur Änderung des Kirchengesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands über die Amtszucht (Amtszuchtgesetz — AZG) vom 18. Oktober 1989 (ABl. Bd. VI S. 102 ff.) wird nachstehend der Wortlaut des Amtspflichtverletzungsgesetzes unter Berücksichtigung des Kirchengesetzes zur Änderung des Kirchengesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands über die Amtszucht vom 18. Oktober 1989 (ABl. Bd. VI S. 102 ff.) in der ab 1. Januar 1990 geltenden Fassung bekanntgemacht.

H a n n o v e r, den 6. Dezember 1989

Das Lutherische Kirchenamt

In Vertretung
F r i t z s c h e

**Kirchengesetz
der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen
Kirche Deutschlands
über das Verfahren und die Rechtsfolgen
bei der Verletzung
der Amtspflicht
(Amtspflichtverletzungsgesetz — AVerG)
in der Fassung vom 6. Dezember 1989**

INHALTSÜBERSICHT

Erster Teil §§
Geltungsbereich. 1, 2

Zweiter Teil

Amtszuchtverfahren gegen Pfarrer. 3 — 127

1. Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen 3 — 15

1. Grundbestimmungen 3 — 10

2. Ermittlungen. 11, 12

3. Entscheidung der einleitenden Stelle . . . 13

4. Aussetzung des Amtszuchtverfahrens. . . 14

5. Einstellung des Amtszuchtverfahrens . . . 15

2. Abschnitt. Amtszuchtverfügung 16

3. Abschnitt. Spruchverfahren. 17 — 36

1. Aufgabe des Spruchausschusses 17

2. Bildung des Spruchausschusses. 18, 19

3. Das Verfahren im einzelnen 20 — 24

4. Der Spruch und seine Folgen 25 — 36

4. Abschnitt. Förmliches Verfahren 37 — 106

1. Unterabschnitt. Verfahren in 1. Instanz . . 37 — 91

1. Allgemeines 37 — 43

2. Untersuchung. 44 — 48

3. Einstellung 49

4. Amtszuchtverfügung 49a

5. Anschuldigungsschrift 50

6. Verfahren vor der Kammer für Amtszucht 51 — 72

a) Aufgabe der Kammer für Amtszucht 51

b) Bildung der Kammer für Amtszucht 52 — 54

c) Anhängigkeit des Verfahrens . . . 55, 56

d) Neue Anschuldigungspunkte . . . 57

e) Mündliche Verhandlung 58 — 64

f) Beweisaufnahme 65 — 72

7. Das Urteil und seine Ausführung . . . 73 — 88

8. Unterhaltsbeitrag 89

9. Anfechtbarkeit und Rechtskraft des Urteils. 90, 91

2. Unterabschnitt. Berufungsverfahren. . . . 92 — 101

1. Einlegung und Zurücknahme der Berufung 92 — 94

2. Bildung des Senats für Amtszucht. . . 95 — 97

3. Verfahren vor dem Senat für Amtszucht 98 — 101

3. Unterabschnitt. Wiederaufnahme des förmlichen Verfahrens 102 — 106

5. Abschnitt. Gemeinsame Bestimmungen für die Mitglieder der Spruchausschüsse, Kammern und des Senats 107 — 113

1. Bestellung. 107

2. Verpflichtung 108

3. Ausschluß von der Mitwirkung 109

4. Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit 110, 111

5. Ende der Mitgliedschaft 112

6. Beratung und Abstimmung. 113

6. Abschnitt. Kosten	114 — 120
1. Kosten der Amtszuchtverfügung	114
2. Kosten im Spruchverfahren	115
3. Kosten im förmlichen Verfahren	116 — 118
4. Gemeinsame Bestimmungen.	119, 120
7. Abschnitt. Zustellungen, Fristen, Wiedereinsetzung	121 — 124
1. Zustellung	121, 122
2. Fristen, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	123, 124
8. Abschnitt. Vorläufige Dienstenthebung im Amtszuchtverfahren	125, 126
9. Abschnitt. Begnadigung	127

Dritter Teil

Amtszuchtverfahren gegen andere Ordinierte. . . 128, 129

Vierter Teil

Amtszuchtverfahren gegen Kirchenbeamte	130 — 139
1. Allgemeines	130 — 132
2. Besondere Bestimmungen für das Spruchverfahren.	133, 134
3. Besondere Bestimmungen für das förmliche Verfahren	135 — 139

Fünfter Teil

Übergangs- und Schlußbestimmungen 140, 141

Erster Teil

GELTUNGSBEREICH

§ 1

- (1) Dieses Kirchengesetz gilt
- für Pfarrerinnen und Pfarrer (im folgenden Pfarrer) sowie für Pfarrerinnen und Pfarrer auf Probe (im folgenden Pfarrer auf Probe), die im Dienst der Vereinigten Kirche oder einer ihrer Gliedkirchen stehen;
 - für Ordinierte, die nicht in einem kirchlichen Dienstverhältnis stehen;
 - für Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte auf Lebenszeit, auf Zeit und auf Probe (im folgenden Kirchenbeamte auf Lebenszeit, auf Zeit, auf Probe), die im Dienst der Vereinigten Kirche oder einer ihrer Gliedkirchen stehen.

(2) Die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen können bestimmen, daß dieses Kirchengesetz auf andere Träger kirchlicher Dienste, die in einem kirchengesetzlich geordneten Dienstverhältnis stehen, anzuwenden ist.

§ 2

(1) Die Vorschriften des zweiten Teiles dieses Kirchengesetzes sind auf Pfarrer auf Probe und auf Kirchenbeamte auf

Probe nach Maßgabe der folgenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

(2) Ein Spruchverfahren kann nur herbeigeführt werden, wenn der Pfarrer auf Probe oder der Kirchenbeamte auf Probe eine Handlung begeht, für die eine Maßnahme ausreichend wäre, auf die durch Amtszuchtverfügung erkannt werden kann. In diesem Fall ist bei einem Kirchenbeamten auf Probe § 133 entsprechend anzuwenden.

(3) Ein förmliches Verfahren im Sinne des 4. Abschnittes findet bei Pfarrern auf Probe und bei Kirchenbeamten auf Probe nicht statt. Diese sind zu entlassen, wenn sie eine Handlung begehen, für die eine Maßnahme unzureichend ist, auf die durch Amtszuchtverfügung erkannt werden kann. In solchen Fällen hat die einleitende Stelle eine Untersuchung anzuordnen. Die §§ 37, 38, 41 bis 48, 121 und 125 sind entsprechend anzuwenden.

(4) Aufgrund des zusammenfassenden Untersuchungsberichtes entscheidet die zuständige Stelle nach Anhörung einer Vertretung der Pfarrerschaft, bei einem Kirchenbeamten nach Anhörung der Mitarbeitervertretung über die Entlassung. Die gemäß § 125 einbehaltenen Dienstbezüge verfallen, wenn der Pfarrer oder Kirchenbeamte auf Probe wegen Verletzung der Amtspflicht entlassen wird.

(5) Die Entlassung eines Pfarrers auf Probe und eines Kirchenbeamten auf Probe kann angefochten werden. Die Anfechtung richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen über die Anfechtung kirchlicher Verwaltungsakte.

(6) Die Folgen einer Verletzung von Pflichten durch Vikarinnen und Vikare (Predigtamtskandidatinnen und Predigtamtskandidaten) sowie Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte auf Widerruf regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

Zweiter Teil

AMTSZUCHTVERFAHREN GEGEN PFARRER

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

1. Grundbestimmungen

§ 3

(1) Gegen den Pfarrer kann ein Amtszuchtverfahren durchgeführt werden, wenn anzunehmen ist, daß er die Amtspflicht verletzt hat.

(2) Der Pfarrer verletzt seine Amtspflicht, wenn er schuldhaft gegen die in der Ordination begründeten Pflichten oder gegen sonstige Pflichten, die sich aus seinem Dienst- und Treueverhältnis ergeben, verstößt (§ 66 Abs. 2 PFG). Eine Verletzung der Lehrverpflichtung ist nicht eine Verletzung der Amtspflicht im Sinne dieses Kirchengesetzes; eine Verletzung der Lehrverpflichtung liegt vor, wenn der Pfarrer öffentlich durch Wort oder Schrift in der Darbietung der christlichen Lehre oder in seinem gottesdienstlichen Handeln in Widerspruch zum Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche tritt (§ 66 Abs. 1 PFG).

(3) Die Verletzung der Lehrverpflichtung (Absatz 2 Satz 2) kann als solche nicht Gegenstand eines Verfahrens nach diesem Kirchengesetz sein; handelt der Pfarrer jedoch in verletzender oder sonst seinem Auftrag nicht angemessener

Weise, so bleibt die Möglichkeit, aus diesem Grunde ein Verfahren nach diesem Kirchengesetz durchzuführen, unberührt (§ 68 PFG).

(4) Gegen einen Pfarrer kann ein Amtszuchtverfahren auch wegen Amtspflichtverletzungen, die er in einem früheren kirchlichen Dienstverhältnis begangen hat, und wegen solcher Verfehlungen durchgeführt werden, die er in der Zeit zwischen Ordination und Begründung des ersten Dienstverhältnisses als Pfarrer begangen hat, wenn diese Verfehlungen bei einem Pfarrer eine Verletzung der Amtspflicht bedeuten würden.

§ 4

Eine Verletzung der Amtspflicht kann zum Erlaß einer Amtszuchtverfügung (2. Abschnitt), zu einem Spruchverfahren (3. Abschnitt) oder zu einem förmlichen Verfahren (4. Abschnitt) führen.

§ 5

Ein Amtszuchtverfahren soll nur durchgeführt werden, wenn seelsorgerliche Bemühungen, besonders in der Gemeinschaft der Ordinierten, und Maßnahmen der Dienstaufsicht unzureichend erscheinen.

§ 6

Im Amtszuchtverfahren ist das gesamte Verhalten des Pfarrers innerhalb und außerhalb des Dienstes zu würdigen und insbesondere zu prüfen, ob die Glaubwürdigkeit des Pfarrers und damit des der Kirche aufgegebenen Dienstes gefährdet oder beeinträchtigt ist.

§ 7

Das Amtszuchtverfahren ist mit Rücksicht auf Amt und Gemeinde sowie auf die Person des Pfarrers und seine Familie beschleunigt durchzuführen.

§ 8

Die Vereinigte Kirche und die Gliedkirchen leisten in Amtszuchtverfahren Rechts- und Amtshilfe.

§ 9

Personen, die in einem kirchlichen Dienstverhältnis im Geltungsbereich dieses Kirchengesetzes stehen, bedürfen für ihre Aussage im Amtszuchtverfahren keiner dienstlichen Aussagegenehmigung.

§ 10

(1) Einleitende Stelle im Sinne dieses Kirchengesetzes ist diejenige Stelle, die die oberste Dienstaufsicht führt, oder eine von dieser allgemein bestimmte Stelle.

(2) Wer zuständige Stelle im Sinne dieses Kirchengesetzes ist, regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

2. Ermittlungen

§ 11

(1) Werden Tatsachen bekannt, die die Annahme begründen, daß der Pfarrer die Amtspflicht verletzt hat, so hat die zuständige Stelle die zur Aufklärung des Sachverhalts notwendigen Ermittlungen zu veranlassen. Dabei sind die belastenden, die entlastenden und die für die Bemessung der Maßnahme bedeutsamen Umstände zu ermitteln.

(2) Der Pfarrer kann ein Amtszuchtverfahren gegen sich selbst beantragen. Dem Antrag soll stattgegeben werden, wenn es nach Würdigung aller Umstände und im Interesse des Pfarrers angezeigt ist, den Sachverhalt aufzuklären. Absatz 1 Satz 2 ist anzuwenden.

§ 12

(1) Sobald es ohne Gefährdung des Ermittlungszweckes möglich ist, ist dem Pfarrer Gelegenheit zu geben, sich zu äußern. Ihm ist mitzuteilen, welche Amtspflichtverletzung ihm zur Last gelegt wird. Zugleich ist er darauf hinzuweisen, daß es ihm freistehe, mündlich oder schriftlich Stellung zu nehmen oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor der ersten Äußerung, einen Verteidiger zu befragen (§ 42 Abs. 1). Der Pfarrer kann weitere Ermittlungen anregen.

(2) Dem Pfarrer ist zu gestatten, die Ermittlungsakten und beigezogenen Schriftstücke einzusehen, soweit dies ohne Gefährdung des Ermittlungszweckes möglich ist.

(3) Der Pfarrer kann zu jeder Anhörung einen Verteidiger hinzuziehen. Über die Anhörung ist eine Niederschrift aufzunehmen.

(4) Das Ergebnis der Ermittlungen ist dem Pfarrer bekanntzugeben.

(5) Eine bei den Ermittlungen erstellte Niederschrift kann im förmlichen Verfahren verwendet werden, wenn die angehörte Person vor der Anhörung darauf hingewiesen worden ist. Die angehörte Person ist auf das Recht nach § 68 hinzuweisen.

(6) Wird durch die Ermittlungen die Annahme, daß der Pfarrer die Amtspflicht verletzt hat, nicht bestätigt, oder hält die zuständige Stelle eine Maßnahme nach diesem Kirchengesetz nicht für angezeigt oder nicht für zulässig, so stellt sie die Ermittlungen ein. Die Einstellungsverfügung ist zu begründen.

(7) Liegen die Voraussetzungen nach Absatz 6 nicht vor, legt die zuständige Stelle die Ermittlungsakten der einleitenden Stelle mit einem abschließenden Bericht zur Entscheidung nach § 13 vor.

3. Entscheidung der einleitenden Stelle

§ 13

(1) Aufgrund des Ergebnisses der Ermittlungen entscheidet die einleitende Stelle nach pflichtmäßigem Ermessen, ob sie

- a) das Verfahren einstellt,
- b) eine Amtszuchtverfügung nach §§ 16 oder 49a erläßt,
- c) das Spruchverfahren nach § 17 herbeiführt oder
- d) das förmliche Verfahren nach § 37 einleitet.

(2) Die Einstellung nach Absatz 1 Buchstabe a ist zu begründen und dem Pfarrer bekanntzugeben. Sie schließt neue Ermittlungen wegen desselben Gegenstandes nicht aus.

(3) Die einleitende Stelle darf Maßnahmen nach Absatz 1 Buchstaben b bis d nicht treffen, wenn ihr die Amtspflichtverletzung seit mehr als drei Jahren bekannt ist.

4. Aussetzung des Amtszuchtverfahrens

§ 14

(1) Das Amtszuchtverfahren kann ausgesetzt werden, wenn gegen den Pfarrer ein anderes geordnetes, insbesondere ein strafgerichtliches Verfahren anhängig ist und in diesem über Tatbestände entschieden wird, deren Klärung für das Amtszuchtverfahren von Bedeutung ist.

(2) Das Amtszuchtverfahren kann auch ausgesetzt werden, wenn der Pfarrer voraussichtlich für längere Zeit verhandlungsunfähig ist oder aus anderen zwingenden Gründen nicht vernommen werden kann.

(3) Die Aussetzung unterbricht die Frist nach § 13 Abs. 3.

(4) Das Verfahren kann jederzeit von Amts wegen fortgesetzt werden.

(5) Über die Aussetzung und Fortsetzung des Verfahrens entscheidet die Stelle, bei der das Verfahren anhängig ist. Die Entscheidung ist zu begründen und den Beteiligten zuzustellen; sie ist unanfechtbar.

5. Einstellung des Amtszuchtverfahrens

§ 15

(1) Das Amtszuchtverfahren ist unabhängig von seinem Stande einzustellen, wenn es nicht rechtswirksam eingeleitet ist oder die Voraussetzungen für die Einleitung und Durchführung eines Verfahrens nicht vorliegen.

(2) Das Amtszuchtverfahren ist auch einzustellen, wenn der Betroffene

- a) im Laufe des Verfahrens stirbt oder
- b) aus dem Dienstverhältnis ausscheidet oder entlassen wird, ohne daß er weiterhin der Amtszucht untersteht.

(3) § 14 Abs. 5 gilt entsprechend.

2. Abschnitt Amtszuchtverfügung

§ 16

(1) Die einleitende Stelle kann dem Pfarrer durch Amtszuchtverfügung einen Verweis erteilen oder ihm eine Geldbuße bis zur Höhe der Bezüge eines Monats (Dienstbezüge, Wartegeld, Ruhegehalt) auferlegen. Die Verfügung ergeht schriftlich und ist zu begründen. Sie ist dem Pfarrer zuzustellen.

(2) Der Pfarrer kann innerhalb eines Monats nach Zustellung der Amtszuchtverfügung Beschwerde bei der einleitenden Stelle schriftlich oder zur Niederschrift einlegen. Hilft die einleitende Stelle der Beschwerde nicht ab, so legt sie die Beschwerde mit ihrer Stellungnahme binnen eines Monats der Kammer für Amtszucht vor. Diese entscheidet durch Beschluß endgültig. Der Beschluß ergeht im schriftlichen Verfahren; jedoch können in besonderen Fällen mündliche Verhandlung anberaumt und Beweise erhoben werden.

(3) Die Geldbuße kann von den Dienstbezügen einbehalten werden.

3. Abschnitt Spruchverfahren

1. Aufgabe des Spruchausschusses

§ 17

(1) Das Spruchverfahren wird von dem Spruchausschuß durchgeführt.

(2) Aufgabe des Spruchausschusses ist es, in brüderlicher und vertrauensvoller Aussprache mit dem Pfarrer alle diesem zur Last gelegten Umstände zu klären und, wenn eine Verletzung der Amtspflicht festgestellt ist, dem Pfarrer zur Einsicht zu verhelfen und in ihm den Willen zu wecken, einen ihm erteilten Rat in freier Entscheidung anzunehmen.

2. Bildung des Spruchausschusses

§ 18

Bei der Vereinigten Kirche und bei den Gliedkirchen werden Spruchausschüsse gebildet; es können auch gemeinsame Spruchausschüsse gebildet werden.

§ 19

Der Spruchausschuß besteht aus einem Pfarrer als Obmann und mindestens zwei Beisitzern. Der Obmann soll in der Regel Inhaber eines geistlichen Aufsichtsamtes, ein Beisitzer muß Pfarrer, ein Beisitzer muß rechtskundig sein.

3. Das Verfahren im einzelnen

§ 20

(1) Beschließt die einleitende Stelle die Durchführung des Spruchverfahrens, so hat sie in dem Beschluß anzugeben, worin eine Verletzung der Amtspflicht erblickt wird.

(2) Der Beschluß ist dem Obmann des Spruchausschusses und dem Pfarrer zuzustellen.

(3) Dem Obmann sind gleichzeitig die für die Gesamtbeurteilung erheblichen Unterlagen zuzuleiten.

§ 21

(1) Der Pfarrer kann einen Verteidiger hinzuziehen (§ 12 Abs. 1 Satz 3).

(2) Dem Pfarrer und seinem Verteidiger ist Einsicht in die Verfahrensakten zu geben.

§ 22

(1) Der Obmann des Spruchausschusses trifft die erforderlichen Vorbereitungen. Er leitet die Aussprache in der Verantwortung für einen geordneten Ablauf und für den besonderen Charakter des Spruchverfahrens. Er kann mit Zustimmung des Pfarrers die vorübergehende Teilnahme anderer Personen zulassen, wenn dies dienlich erscheint.

(2) Die Aussprache ist nicht öffentlich. Ihre wesentlichen Ergebnisse sind in einer Niederschrift festzuhalten. Die Niederschrift wird von einem Beisitzer gefertigt und von ihm sowie dem Obmann unterschrieben. Ohne Zustimmung des Pfarrers darf die Niederschrift nur vom Spruchausschuß verwertet werden.

§ 23

Die Aussprache ist nicht auf den von der einleitenden Stelle nach § 20 mitgeteilten Sachverhalt beschränkt. Sie ist auch auf neue Tatbestände zu erstrecken, die die einleitende Stelle nachträglich mitteilt oder die sich in der Aussprache ergeben. In diesem Falle ist der einleitenden Stelle Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 24

(1) Ist der Sachverhalt noch weiter zu klären, so kann der Spruchausschuß die erforderlichen Erhebungen selbst vornehmen, sie durch beauftragte Mitglieder des Spruchausschusses durchführen lassen oder die einleitende Stelle um die Vornahme ersuchen.

(2) Für die Klärung des Sachverhaltes gelten die Bestimmungen für die Beweiserhebung im förmlichen Verfahren sinngemäß.

4. Der Spruch und seine Folgen

§ 25

(1) Nach Abschluß der Aussprache ergeht ein Spruch.

(2) Dem Spruch dürfen nur solche Tatsachen und Beweismittel zugrunde gelegt werden, die Gegenstand der Aussprache gewesen sind.

(3) Der Spruch ist dem Pfarrer mündlich zu eröffnen. Er ist schriftlich niederzulegen, mit Tatbestand und Gründen zu versehen und von den Mitgliedern des Spruchausschusses zu un-

terschreiben. Ist ein Mitglied an der Unterschrift verhindert, so wird dies unter Angabe des Verhinderungsgrundes vom Obmann vermerkt.

(4) Eine Ausfertigung des mit Gründen versehenen Spruches ist vom Obmann des Spruchausschusses dem Pfarrer und der einleitenden Stelle zuzustellen.

§ 26

(1) Durch den Spruch kann festgestellt werden, daß

- a) die Beschuldigungen haltlos sind,
- b) die Beschuldigungen nicht erweisbar sind,
- c) die Amtspflicht verletzt ist.

(2) Der Spruchausschuß kann beschließen, daß der Spruch nach Absatz 1 Buchstaben a und b in bestimmter Weise bekanntzugeben ist.

§ 27

Stellt der Spruchausschuß fest, daß die Amtspflicht verletzt ist (§ 26 Abs. 1 Buchstabe c), so kann er

- a) dem Pfarrer Vorhaltungen machen und ihn vermahnen,
- b) dem Pfarrer einen Rat erteilen,
- c) feststellen, daß das Spruchverfahren zur Bereinigung des Falles nicht ausreicht.

§ 28

(1) Der dem Pfarrer zu erteilende Rat kann insbesondere darin bestehen,

- a) sich bestimmten, zeitlich befristeten Auflagen für die Amts- und Lebensführung zu unterwerfen,
- b) sich gegenüber bestimmten Personen oder vor der Gemeinde zu entschuldigen,
- c) ein begangenes Unrecht wieder gutzumachen,
- d) sich binnen einer angemessenen Frist von Amtes wegen auf eine andere Stelle (Pfarrstelle oder allgemeinkirchliche Aufgabe) mit gleichen oder geringeren Dienstbezügen versetzen zu lassen; die Annahme eines Spruches mit dem Rat der Versetzung steht der Zustimmung zur Versetzung nach § 80 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe b des Pfarrergesetzes gleich.

(2) Die Unabhängigkeit des Dienstes an Wort und Sakrament darf durch den Rat nicht beeinträchtigt werden.

(3) Der Rat soll eindeutig erkennen lassen, welches Handeln von dem Pfarrer erwartet wird. Soweit notwendig, ist zu bestimmen, innerhalb welcher Frist, gerechnet von der Zustellung des Spruches an (§ 25 Abs. 4), der Rat auszuführen ist.

§ 29

In den Fällen des § 26 Abs. 1 Buchstabe b und des § 27 Buchstaben a und b fordert der Obmann des Spruchausschusses den Pfarrer mit der Zustellung des Spruches auf, ihm binnen einer Frist von zwei Wochen schriftlich mitzuteilen, ob der Spruch angenommen wird oder nicht.

§ 30

(1) Erklärt der Pfarrer frist- und formgerecht, daß er den Spruch annimmt, so hat der Obmann der einleitenden Stelle davon unter Rückgabe der Akten Kenntnis zu geben.

(2) Die einleitende Stelle hat darüber zu wachen, daß ein mit dem Spruch erteilter Rat befolgt wird.

§ 31

(1) Das Amtszuchtverfahren ist abgeschlossen, wenn ein Spruch nach § 26 Abs. 1 Buchstabe a ergangen ist oder der

Pfarrer die Annahme des Spruches erklärt hat (§ 30 Abs. 1) und ihm im Falle der Erteilung eines Rates von der einleitenden Stelle bestätigt worden ist, daß er den Rat befolgt hat (§ 30 Abs. 2).

(2) Der Tatbestand, der dem Spruchverfahren zugrundegelegt hat, kann nicht mehr Gegenstand eines neuen Amtszuchtverfahrens sein.

§ 32

(1) Erklärt der Pfarrer fristgerecht, daß er den Spruch nicht annimmt, oder gibt er innerhalb der Frist keine Erklärung ab, so hat der Obmann der einleitenden Stelle unter Rückgabe der Akten davon Kenntnis zu geben.

(2) Die einleitende Stelle entscheidet nunmehr gemäß § 13 Abs. 1 Buchstaben a, b oder d.

§ 33

Stellt die einleitende Stelle fest, daß der Pfarrer den ihm erteilten Rat nicht befolgt hat, und erhebt der Pfarrer innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung gegen die Feststellung keine Einwendungen, so ist nach § 32 Abs. 2 zu verfahren. Macht der Pfarrer geltend, daß der Rat befolgt sei, so trifft der Spruchausschuß die Feststellung.

§ 34

(1) Stellt die einleitende Stelle das Amtszuchtverfahren nach § 32 Abs. 2 oder § 33 ein, so hat sie dem Pfarrer einen Bescheid zuzustellen.

(2) Der Tatbestand, der dem Spruchverfahren zugrundegelegt hat, kann nicht mehr Gegenstand eines neuen Amtszuchtverfahrens sein.

§ 35

Hat der Spruchausschuß festgestellt, daß das Spruchverfahren zur Bereinigung des Falles nicht ausreicht (§ 27 Buchstabe c), so leitet der Obmann nach Zustellung des Spruches die Akten der einleitenden Stelle wieder zu. Die einleitende Stelle ordnet die Durchführung des förmlichen Verfahrens an.

§ 36

(1) Weigert sich der Pfarrer, an der Aussprache teilzunehmen, oder entzieht er sich ihr, so stellt der Spruchausschuß dies fest. Die Feststellung ist schriftlich niederzulegen; dabei ist anzugeben, aus welchen Gründen der Pfarrer die Aussprache verweigert hat. Die Feststellung ist von den Mitgliedern des Spruchausschusses zu unterschreiben.

(2) Der Obmann leitet die Feststellung mit den Akten der einleitenden Stelle zu.

(3) Die einleitende Stelle entscheidet nunmehr gemäß § 13 Abs. 1 Buchstabe b oder d.

4. Abschnitt

Förmliches Verfahren

1. Unterabschnitt

Verfahren in 1. Instanz

1. Allgemeines

§ 37

(1) Beschließt die einleitende Stelle die Durchführung des förmlichen Verfahrens, so hat sie in dem Beschluß den wesentlichen Inhalt der Beschuldigungen anzugeben.

(2) Der Beschluß ist dem Pfarrer (Beschuldigten) zuzustellen.

§ 38

(1) Die Durchführung des förmlichen Verfahrens wird nicht dadurch verhindert, daß der Beschuldigte verhandlungsunfähig geworden ist oder aus anderen zwingenden Gründen nicht vernommen werden kann. In diesen Fällen hat die einleitende Stelle ihm, wenn der Zustand voraussichtlich längere Zeit andauern wird, einen Vertreter zu bestellen, der die Rechte des Beschuldigten im Verfahren wahrnimmt.

(2) § 14 Abs. 2 bleibt unberührt.

§ 39

Verfahren, die gegen mehrere Pfarrer wegen desselben Sachverhaltes oder gegen einen Pfarrer wegen verschiedener Sachverhalte eingeleitet sind, können miteinander verbunden und wieder getrennt werden.

§ 40

(1) Das Verfahren gliedert sich in die Untersuchung und in das Verfahren vor der Kammer für Amtszucht.

(2) Von der Untersuchung kann abgesehen werden, wenn der Sachverhalt, insbesondere durch ein vorausgegangenes Spruchverfahren, hinreichend geklärt erscheint. Der Beschuldigte ist davon in Kenntnis zu setzen.

§ 41

(1) Die einleitende Stelle bestellt für sich einen oder mehrere Vertreter, die an ihre Weisungen gebunden sind. Die Bestellung kann jederzeit widerrufen werden. Bestellung und Widerruf sind dem Beschuldigten mitzuteilen.

(2) Der Vertreter der einleitenden Stelle kann jederzeit die Verfahrensakten einsehen.

§ 42

(1) Der Beschuldigte kann je einen Verteidiger aus folgenden Gruppen stellen:

- a) Pfarrer oder theologische Hochschullehrer,
- b) rechtskundige Personen (Befähigung zum Richteramt).

Die Verteidiger müssen einem in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnis angehören und zu kirchlichen Ämtern wählbar sein. Verteidiger darf nicht sein, wer die Dienstaufsicht über den Beschuldigten geführt hat oder führt.

(2) Bestellt der Beschuldigte nur einen Verteidiger, so kann er aus den in Absatz 1 Satz 1 genannten Gruppen wählen.

(3) Der Beschuldigte und der Verteidiger haben das Recht, die Verfahrensakten einzusehen.

§ 43

(1) Die einleitende Stelle bestellt, falls nicht von der Untersuchung abgesehen wird, einen Untersuchungsführer; er soll rechtskundig sein. Der Untersuchungsführer muß einem in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnis angehören und zu kirchlichen Ämtern wählbar sein.

(2) Die Bestellung des Untersuchungsführers ist dem Beschuldigten alsbald mitzuteilen.

2. Untersuchung

§ 44

(1) Der Untersuchungsführer hat den Beschuldigten zu vernehmen und die noch erforderlichen Beweise zu erheben. Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften für die Beweiserhebung vor der Kammer für Amtszucht sinngemäß. Der Untersuchungsführer darf keine Verteidigungen vornehmen.

(2) Der Untersuchungsführer ist in der Durchführung der Untersuchung unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Er ist abzurufen, wenn er aus zwingenden Gründen dauernd oder auf längere Zeit an der Durchführung der Untersuchung verhindert ist oder wenn die Voraussetzungen für seine Bestellung weggefallen sind.

(3) Für den Ausschluß und die Ablehnung des Untersuchungsführers gelten die Bestimmungen der §§ 109 und 110 entsprechend mit der Maßgabe, daß die einleitende Stelle entscheidet.

§ 45

(1) Bei allen Vernehmungen und Beweiserhebungen ist eine Niederschrift anzufertigen, die alle rechtserheblichen Tatsachen enthalten muß. Der Untersuchungsführer hat dazu einen Schriftführer zu bestellen.

(2) Der Schriftführer ist zur gewissenhaften Erfüllung seiner Aufgabe und zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Über einen Antrag auf Ablehnung des Schriftführers entscheidet der Untersuchungsführer endgültig.

(3) Die Niederschrift kann entweder durch unmittelbare Aufnahme durch den Schriftführer oder in dessen Abwesenheit durch eine Tonbandaufnahme vorläufig erstellt werden. Das Diktat ist den beteiligten Personen vorzulesen; die Tonbandaufnahme ist ihnen vorzuspielen. Die beteiligten Personen können darauf verzichten. Die vorläufige Aufzeichnung ist vom Schriftführer unverzüglich in eine Niederschrift zu übertragen; er kann sich dabei einer Hilfskraft bedienen. Für die an der Übertragung der Niederschrift beteiligten Personen gilt Absatz 2 Satz 1 entsprechend.

§ 46

Der Untersuchungsführer regelt nach pflichtmäßigem Ermessen im Rahmen des Untersuchungszwecks die Teilnahme des Vertreters der einleitenden Stelle, des Beschuldigten und seines Verteidigers an den Beweiserhebungen; er entscheidet über die Zulassung von Fragen und über Beweisanträge. Beweisanträgen des Vertreters der einleitenden Stelle muß der Untersuchungsführer stattgeben.

§ 47

(1) Der Vertreter der einleitenden Stelle kann beantragen, daß die Untersuchung auf neue Punkte erstreckt wird, die den Verdacht einer Verletzung der Amtspflicht begründen. Der Untersuchungsführer muß dem Antrag stattgeben. Er kann auch von sich aus die Untersuchung auf neue Punkte ausdehnen, wenn der Vertreter der einleitenden Stelle zustimmt.

(2) Dem Beschuldigten ist Gelegenheit zu geben, sich auch zu den neuen Anschuldigungspunkten zu äußern.

§ 48

Hält der Untersuchungsführer das Ziel der Untersuchung für erreicht, so hat er dem Beschuldigten Gelegenheit zu geben, sich abschließend zu äußern. Danach legt er die Akten mit einem zusammenfassenden Bericht der einleitenden Stelle vor.

3. Einstellung

§ 49

(1) Wird das förmliche Verfahren nach § 13 Abs. 1 Buchstabe d oder § 32 Abs. 2 oder § 33 durchgeführt, so kann die einleitende Stelle das Verfahren einstellen, wenn sie dies nach dem Ergebnis der Untersuchung für angebracht hält.

(2) Wird das förmliche Verfahren nach § 35 Satz 2 oder § 36 Abs. 3 durchgeführt, so kann das Verfahren nur eingestellt werden, wenn die Beschuldigungen nach dem Ergebnis der Untersuchung offensichtlich unbegründet sind.

(3) Die Einstellung ist zu begründen, der Bescheid ist dem Beschuldigten zuzustellen.

(4) Die einleitende Stelle kann das Verfahren von dem Zeitpunkt der Anhängigkeit bei der Kammer für Amtszucht an (§ 55 Abs. 1) nicht mehr einstellen.

4. Amtszuchtverfügung

§ 49a

Hält die einleitende Stelle nach dem Ergebnis der Untersuchung eine Amtszuchtverfügung für ausreichend, so kann sie diese erlassen. § 16 findet Anwendung.

5. Anschuldigungsschrift

§ 50

(1) Wird weder eine Amtszuchtverfügung nach § 49a erlassen noch das Verfahren nach § 49 eingestellt, so legt der Vertreter der einleitenden Stelle der Kammer für Amtszucht eine Anschuldigungsschrift sowie die Untersuchungsakten und die sonst für die Gesamtbeurteilung erheblichen Unterlagen vor.

(2) Die Anschuldigungsschrift muß die Tatsachen, aus denen sich die Verletzung der Amtspflicht ergibt, und die Beweismittel angeben. Sie darf Belastendes nur verwenden, soweit der Beschuldigte Gelegenheit gehabt hat, sich dazu zu äußern.

6. Verfahren vor der Kammer für Amtszucht

a) Aufgabe der Kammer für Amtszucht

§ 51

Die Kammer für Amtszucht verhandelt über die erhobenen Anschuldigungen mündlich. Sie hat alles zu tun, was zur Erforschung der Wahrheit notwendig ist. Nach Feststellung des Sachverhaltes entscheidet sie durch Urteil.

b) Bildung der Kammer für Amtszucht

§ 52

Kammern für Amtszucht werden bei der Vereinigten Kirche und bei den Gliedkirchen gebildet; es können auch gemeinsame Kammern für Amtszucht gebildet werden.

§ 53

Die Kammer für Amtszucht besteht aus einem rechtskundigen Vorsitzenden und vier Beisitzern. Zwei Beisitzer sind Pfarrer; einer der anderen Beisitzer muß rechtskundig sein.

§ 54

(1) Der Vorsitzende bestellt einen Schriftführer, der die Aufgaben der Geschäftsstelle erledigt und die Niederschriften bei Verhandlungen und Beweiserhebungen führt.

(2) Der Schriftführer wird vor seiner Tätigkeit vom Vorsitzenden zu gewissenhafter Erfüllung seiner Aufgabe und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

c) Anhängigkeit des Verfahrens

§ 55

(1) Mit dem Eingang der Anschuldigungsschrift wird das Verfahren bei der Kammer für Amtszucht anhängig.

(2) Liegen die Voraussetzungen des § 15 Abs. 1 und 2 vor, so stellt der Vorsitzende der Kammer das Verfahren ein. Gegen den Beschluß des Vorsitzenden kann innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung die Entscheidung der Kammer angerufen werden. Die Kammer entscheidet durch Beschluß endgültig; dieser ist mit Gründen zu versehen.

§ 56

(1) Der Vorsitzende stellt dem Beschuldigten eine beglaubigte Abschrift der Anschuldigungsschrift sowie etwaiger Nachträge zu und bestimmt eine Frist zur schriftlichen Äußerung.

(2) Nach Ablauf der Frist beraumt der Vorsitzende Termin zur mündlichen Verhandlung an.

d) Neue Anschuldigungspunkte

§ 57

(1) Der Vertreter der einleitenden Stelle kann bis zum Ende der Beweisaufnahme in der mündlichen Verhandlung neue Anschuldigungspunkte zum Gegenstand des Verfahrens machen.

(2) Ein Nachtrag zur Anschuldigungsschrift ist bis zur mündlichen Verhandlung schriftlich dem Vorsitzenden mitzuteilen. Der Vorsitzende stellt den schriftlichen Nachtrag dem Beschuldigten zu. Zwischen der Zustellung und dem Termin der mündlichen Verhandlung müssen mindestens zwei Wochen liegen.

(3) In der mündlichen Verhandlung kann ein Nachtrag zu Protokoll erklärt werden. Dieser kann nur mit Zustimmung des Beschuldigten zum Gegenstand der Urteilsfindung gemacht werden; stimmt der Beschuldigte nicht zu, unterbricht der Vorsitzende die mündliche Verhandlung für mindestens zwei Wochen.

e) Mündliche Verhandlung

§ 58

(1) Der Vorsitzende lädt zur mündlichen Verhandlung den Vertreter der einleitenden Stelle, den Beschuldigten und seinen Verteidiger sowie die Zeugen und Sachverständigen.

Der Beschuldigte ist auf die Vorschriften des § 60, Zeugen sind auf die Vorschriften des § 65 Abs. 1 Satz 2 hinzuweisen. Dem Vertreter der einleitenden Stelle, dem Beschuldigten und seinem Verteidiger sind die Namen der geladenen Zeugen und Sachverständigen mitzuteilen. Dem Beschuldigten und seinem Verteidiger sind außerdem die Mitglieder der Kammer sowie ihre Stellvertreter mit dem Hinweis zu benennen, daß die etwaige Ablehnung eines Mitgliedes spätestens eine Woche vor dem Verhandlungstermin bei der Kammer eingegangen sein muß.

(2) Der Vertreter der einleitenden Stelle und der Beschuldigte können Zeugen und Sachverständige stellen. Die Kammer beschließt, ob sie zu vernehmen sind.

§ 59

(1) Die Ladungen sind zuzustellen.

(2) Zwischen der Zustellung an den Beschuldigten und dem Verhandlungstermin müssen mindestens drei Wochen liegen, wenn der Beschuldigte nicht auf die Einhaltung der Frist verzichtet. Als Verzicht gilt es auch, wenn er sich auf die Verhandlung einläßt, ohne die Nichteinhaltung der Frist zu rügen.

§ 60

(1) Der Beschuldigte ist verpflichtet, zu der mündlichen Verhandlung zu erscheinen.

(2) Ist der Beschuldigte voraussichtlich längere Zeit am Erscheinen zur mündlichen Verhandlung verhindert, so kann der Vertreter der einleitenden Stelle bei der Kammer beantragen, die Verhandlung in Abwesenheit des Beschuldigten durchzuführen. Dem Antrag ist stattzugeben, wenn dringende Gründe dies rechtfertigen. Hat der Beschuldigte einen Verteidiger

nicht bestellt, so kann der Vorsitzende von Amts wegen einen Verteidiger bestellen.

(3) Ist der Beschuldigte aus zwingenden Gründen am Erscheinen zur mündlichen Verhandlung verhindert und wird die Kammer hiervon rechtzeitig unterrichtet, so ist ein neuer Termin zur Verhandlung anzusetzen. Soweit die Verhinderung nach Satz 1 auf einer Verhandlungsunfähigkeit beruht, kann die Kammer den Beschuldigten auffordern, diese durch Beibringung eines amts- oder vertrauensärztlichen Zeugnisses nachzuweisen. Andere Verhinderungsgründe sind glaubhaft zu machen.

(4) Bleibt der Beschuldigte der Verhandlung fern, ohne daß der Kammer mitgeteilt wurde, daß er aus zwingenden Gründen am Erscheinen verhindert war, so kann auch in seiner Abwesenheit verhandelt werden. Ergeht aufgrund dieser Verhandlung ein Urteil, so kann der Beschuldigte binnen zwei Wochen nach Zustellung Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragen. Dem Antrag ist stattzugeben, wenn der Beschuldigte nachweist, daß er am Erscheinen zwingend verhindert und nicht in der Lage war, dies rechtzeitig mitzuteilen.

§ 61

(1) Der Vorsitzende leitet die mündliche Verhandlung. Er vernimmt den Beschuldigten und erhebt die Beweise. Er trifft die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Verhandlung erforderlichen Maßnahmen. Er kann Vertreter kirchlicher Dienststellen und andere Personen, die ein berechtigtes Interesse an der mündlichen Verhandlung haben, zulassen.

(2) Die mündliche Verhandlung ist nicht öffentlich.

§ 62

(1) Die Mitglieder der Kammer, ein Schriftführer und ein Vertreter der einleitenden Stelle sowie, wenn sie erschienen sind, der Beschuldigte und der Verteidiger müssen bei der Verhandlung ständig zugegen sein. § 60 Abs. 2 und 4 gelten entsprechend.

(2) Die ständige Gegenwart der Mitglieder der Kammer gilt als gewahrt, wenn für ausfallende Mitglieder Ergänzungsglieder eintreten, die der Vorsitzende zu der Verhandlung zugezogen hat und die von Anfang an daran teilgenommen haben. Bei unveränderter Besetzung der Kammer kann eine unterbrochene Verhandlung innerhalb von 30 Tagen fortgesetzt werden.

(3) Ist der Beschuldigte vorübergehend verhandlungsunfähig, so kann der Vorsitzende das Verfahren aussetzen und auch eine schon begonnene Verhandlung unterbrechen oder vertagen.

§ 63

(1) Die vom Schriftführer geführte Niederschrift über die Verhandlung muß enthalten:

- a) Ort und Tag der Verhandlung,
- b) die Namen der Mitglieder der Kammer für Amtszucht, des Schriftführers und eines hinzugezogenen Hilfsberichterstatters,
- c) die Namen des Vertreters der einleitenden Stelle, des Beschuldigten, des Verteidigers sowie der Zeugen und Sachverständigen.

(2) Sie soll den Gang, wesentliche Vorkommnisse und die Ergebnisse der Verhandlung wiedergeben und ersichtlich machen, daß die Förmlichkeiten beachtet sind. Sie muß die Bezeichnung der verlesenen Schriftstücke sowie die im Laufe der Verhandlung gestellten Anträge, die ergangenen Entscheidungen und die Urteilsformel enthalten.

(3) Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterschreiben.

§ 64

Nach Aufruf der Sache durch den Vorsitzenden trägt der Vertreter der einleitenden Stelle in Abwesenheit der Zeugen den wesentlichen Inhalt der Anschuldigungsschrift vor. Der Beschuldigte wird, wenn er erschienen ist, zur Person und Sache gehört. Hierauf werden die Beweise erhoben.

f) Beweisaufnahme

§ 65

(1) Soweit Tatsachen nicht offenkundig sind oder nicht von dem Beschuldigten glaubhaft zugestanden werden, wird der Beweis durch Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen, durch Einnahme des Augenscheins und durch Urkunden geführt. Zeugen sind verpflichtet, zu der mündlichen Verhandlung zu erscheinen.

(2) Die Kammer entscheidet über die Form, in der Beweise zu erheben sind. Niederschriften und Aussagen von Personen, die in der Untersuchung oder in einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren vernommen worden sind, können ohne nochmalige Vernehmung verwertet werden. Satz 1 gilt auch für Niederschriften aus der Ermittlung, wenn die angehörten Personen vor der Vernehmung darauf hingewiesen wurden, daß die Niederschriften verwertet werden können.

(3) Von der Erhebung einzelner Beweise kann abgesehen werden, wenn der Beschuldigte, sein Verteidiger und der Vertreter der einleitenden Stelle damit einverstanden sind. Die Erhebung eines Beweises muß abgelehnt werden, wenn sie unzulässig ist. Sie soll abgelehnt werden, wenn die Kammer sie für unerheblich oder ungeeignet hält. Die Ablehnung eines Beweisantrages bedarf eines Beschlusses der Kammer.

§ 66

Der Entscheidung können nach Verlesen in der mündlichen Verhandlung zugrunde gelegt werden

- a) tatsächliche Feststellungen der rechtskräftigen Entscheidung in einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren, die den Sachverhalt betreffen, der den Gegenstand des förmlichen Verfahrens bildet,
- b) schriftliche Auskünfte von Behörden, sonstigen Dienststellen und Amtspersonen sowie ärztliche Zeugnisse.

§ 67

(1) Bei der Beweisaufnahme hat der Vorsitzende den Beisitzern, dem Vertreter der einleitenden Stelle, dem Beschuldigten und dem Verteidiger auf Verlangen zu gestatten, Fragen an die Zeugen und Sachverständigen zu stellen. Ungeeignete oder nicht zur Sache gehörende Fragen kann er zurückweisen.

(2) Nach der Vernehmung jedes Zeugen oder Sachverständigen sowie nach jeder Verlesung eines Schriftstückes ist der Beschuldigte zu fragen, ob er etwas zu erklären hat.

§ 68

(1) Das Zeugnis kann verweigern, wer mit dem Beschuldigten

1. verlobt ist oder war,
2. verheiratet ist oder war,
3. in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Annahme an Kindes Statt verbunden oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht.

(2) Das Zeugnis können ferner verweigern

1. Pfarrer und andere in der Seelsorge amtlich tätige Personen

über das, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut worden oder bekannt geworden ist,

2. Personen, für die kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes eine rechtlich anerkannte Pflicht zur Verschwiegenheit besteht, über Tatsachen, auf die sich die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht.

(3) Die in Absatz 2 Genannten sind zur Aussage verpflichtet, wenn sie nach dienstrechtlichen Vorschriften oder von demjenigen, dem gegenüber die Schweigepflicht besteht, von der Pflicht zur Verschwiegenheit befreit worden sind. § 33 des Pfarrergesetzes bleibt unberührt.

(4) Den in Absatz 2 Genannten stehen ihre Gehilfen und diejenigen gleich, die zur Vorbereitung auf den Beruf an der berufsmäßigen Tätigkeit teilnehmen. Über die Ausübung des Rechtes, das Zeugnis zu verweigern, entscheiden die in Absatz 2 Genannten, es sei denn, daß diese Entscheidung in absehbarer Zeit nicht herbeigeführt werden kann. Die Entbindung von der Pflicht zur Verschwiegenheit gilt auch für die Gehilfen.

(5) Jeder Zeuge kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihm selbst oder einem Angehörigen im Sinne von Absatz 1 die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuziehen würde oder zur Unehre gereicht.

(6) Die Zeugen sind über ihre Rechte zu belehren.

§ 69

(1) Die Zeugen sind vor der Vernehmung nach eindringlicher Ermahnung auf die wahrheitsgemäße Aussage zu verpflichten. Die Gliedkirchen können die Vereidigung von Zeugen durch Kirchengesetz zulassen.

(2) Die Zeugen sind einzeln und in Abwesenheit der später zu hörenden Zeugen zur Person und zur Sache zu vernehmen. Sie können anderen Zeugen oder dem Beschuldigten gegenübergestellt werden.

§ 70

(1) Auf Sachverständige sind vorbehaltlich der Bestimmungen in den Absätzen 2 und 3 die Bestimmungen über Zeugen entsprechend anzuwenden.

(2) Für den Ausschluß und die Ablehnung eines Sachverständigen gelten die Bestimmungen der §§ 109 bis 111 entsprechend; ein Ablehnungsgrund kann jedoch nicht daraus hergeleitet werden, daß der Sachverständige als Zeuge vernommen worden ist.

(3) Soweit zum Beweis von der Vergangenheit liegenden Tatsachen oder Zuständen, zu deren Wahrnehmung eine besondere Sachkunde erforderlich war, sachkundige Personen zu vernehmen sind, gelten die Bestimmungen über den Zeugenbeweis.

§ 71

(1) Hält die Kammer weitere Beweiserhebungen für erforderlich, so kann sie neue Zeugen oder Sachverständige vernehmen oder eines ihrer Mitglieder mit der Beweiserhebung beauftragen. Dazu ist die Verhandlung zu unterbrechen oder zu vertagen.

(2) Die Vernehmung kann auch im Wege der Amtshilfe oder Rechtshilfe geschehen.

§ 72

(1) Nach Schluß der Beweisaufnahme werden der Vertreter der einleitenden Stelle und dann der Beschuldigte und sein Verteidiger gehört.

(2) Der Beschuldigte hat das letzte Wort.

7. Das Urteil und seine Ausführung

§ 73

(1) Gegenstand der Urteilsfindung sind nur die Anschuldigungspunkte, die in der Anschuldigungsschrift und ihren Nachträgen dem Beschuldigten als Verletzung der Amtspflicht zur Last gelegt werden.

(2) Über das Ergebnis der mündlichen Verhandlung entscheidet die Kammer für Amtszucht nach ihrer freien Überzeugung.

§ 74

(1) Das Urteil wird durch Verlesen der Urteilsformel und Mitteilung der wesentlichen Urteilsgründe verkündet, und zwar entweder am Schluß der Verhandlung oder in einem binnen einer Woche stattfindenden Termin.

(2) Es ist schriftlich niederzulegen, mit Gründen zu versehen und von den Mitgliedern der Kammer zu unterschreiben. Ist ein Mitglied an der Unterschrift verhindert, so wird dies unter Angabe des Verhinderungsgrundes vom Vorsitzenden oder bei dessen Verhinderung vom ältesten Beisitzer vermerkt.

(3) Eine Ausfertigung des mit Gründen versehenen Urteils ist dem Beschuldigten und der einleitenden Stelle zuzustellen.

§ 75

(1) Das Urteil kann auf Einstellung des Verfahrens, auf Freispruch oder auf Verurteilung lauten.

(2) Die Kammer kann beschließen, daß das Urteil in bestimmter Weise bekanntzugeben ist.

(3) Das Urteil bestimmt, wer die Kosten des Verfahrens trägt. Kosten, die nicht dem Beschuldigten auferlegt sind, trägt die Kirche, die das Verfahren eingeleitet hat.

§ 76

(1) Das Verfahren ist einzustellen, wenn die Voraussetzungen des § 15 Abs. 1 und 2 vorliegen.

(2) Das Verfahren kann eingestellt werden, wenn es der Vertreter der einleitenden Stelle und der Beschuldigte übereinstimmend beantragen und die Einstellung nach dem Ergebnis der mündlichen Verhandlung angebracht ist.

§ 77

Bei Freispruch müssen die Urteilsgründe ergeben, ob der Beschuldigte mangels Beweises oder wegen erwiesener Nichtschuld freigesprochen worden ist.

§ 78

(1) Hat der Beschuldigte verletzt, kann die Kammer für Amtszucht erkennen auf:

- a) Verweis,
- b) Geldbuße,
- c) Gehaltskürzung,
- d) Versetzung auf eine andere Stelle,
- e) Amtsenthebung unter Versetzung in den Wartestand,
- f) Amtsenthebung unter Versetzung in den Ruhestand,
- g) Entfernung aus dem Dienst.

(2) Bei beurlaubten (freigestellten) Pfarrern sind bei der Entscheidung über die zu erkennende Maßnahme (Absatz 1) die besonderen dienstrechtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen.

(3) Bei Pfarrern im Warte- oder Ruhestand kann erkannt werden auf:

- a) Verweis,
- b) Geldbuße,
- c) Kürzung des Wartegeldes oder Ruhegehaltes,
- d) Versetzung in den Ruhestand, wenn sich der Pfarrer im Wartestand befindet,
- e) Entfernung aus dem Dienst.

(4) Erkennt die Kammer für Amtszucht nach Absatz 1 auf Versetzung auf eine andere Stelle, so ist im Urteil auch zu bestimmen, ob der Pfarrer ein von ihm bekleidetes Aufsichtsamt oder kirchenleitendes Amt verliert. Ist der Beschuldigte während des Amtszuchtverfahrens einschließlich der Ermittlungen und der Untersuchung bereits versetzt worden, so stellt sie fest, ob die erkannte Maßnahme als vollzogen gilt.

§ 79

(1) Soweit nicht auf Entfernung aus dem Dienst erkannt wird, kann die Kammer für Amtszucht bis auf die Dauer von fünf Jahren:

- a) dem Beschuldigten die Ausübung von Nebenämtern oder Nebenbeschäftigungen untersagen, die mit der gewissenhaften Erfüllung seiner Dienstpflichten nicht zu vereinbaren sind,
- b) dem Beschuldigten die Verwaltung fremder Gelder ganz oder teilweise verbieten,
- c) dem Beschuldigten den Vorsitz im Kirchenvorstand und ganz oder teilweise die Geschäftsführung des Pfarramtes entziehen,
- d) dem Beschuldigten, wenn er sich im Wart- oder Ruhestande befindet oder gegen ihn auf Amtsenthebung erkannt wird, die öffentliche Wortverkündigung und die Sakramentsverwaltung sowie die Vornahme von Amtshandlungen ganz oder teilweise untersagen.

(2) Wenn die Kammer für Amtszucht auf eine Beschränkung der Rechte aus der Ordination nach Absatz 1 Buchstabe d verzichtet, weil sie dies der für Maßnahmen nach Absatz 1 Buchstabe d zuständigen Stelle überlassen wollte, ist dies in der Urteilsformel ausdrücklich auszusprechen.

§ 80

In demselben förmlichen Verfahren darf nur auf eine der Maßnahmen des § 78 erkannt werden. Sie kann mit Maßnahmen nach § 79 verbunden werden.

§ 81

Der Verweis gilt mit der Rechtskraft des Urteils als vollstreckt.

§ 82

Höhe und Verwendungszweck der Geldbuße sind im Urteil zu bestimmen. Die Geldbuße darf die Bezüge eines Monats (Dienstbezüge, Wartegeld, Ruhegehalt) nicht übersteigen. Sie kann von den Bezügen einbehalten werden. Die zur Ausführung des Urteils zuständige Stelle kann die Entrichtung der Geldbuße in Teilbeträgen gestatten.

§ 83

(1) Die Gehaltskürzung besteht darin, daß nach näherer Bestimmung im Urteil die Dienstbezüge bruchteilsmäßig um höchstens ein Fünftel und längstens auf fünf Jahre vermindert werden. Sie beginnt mit der nächsten auf die Rechtskraft des Urteils folgenden Gehaltszahlung.

(2) Hat ein zur Gehaltskürzung verurteilter Pfarrer aus einem früheren Dienstverhältnis einen Anspruch auf Versorgungsbezüge, die mit Rücksicht auf die Dienstbezüge nur teil-

weise oder gar nicht gezahlt werden, so bleibt für die Regelung dieses Anspruchs die Gehaltskürzung unberücksichtigt.

(3) Tritt ein zur Gehaltskürzung verurteilter Pfarrer vor oder nach Rechtskraft des Urteils in den Wart- oder Ruhestand, so werden die aus seinen ungekürzten Dienstbezügen errechneten Wartestands- bzw. Versorgungsbezüge während der Gehaltskürzungsfrist um den im Urteil bestimmten Bruchteil vermindert.

(4) Stirbt der Pfarrer während der Gehaltskürzungsfrist, so enden die Wirkungen der Gehaltskürzungen mit dem Beginn des Sterbemonats.

§ 84

Auf die Kürzung des Wartegeldes und des Ruhegehalts nach § 78 Abs. 3 Buchstabe c sind die Bestimmungen des § 83 entsprechend anzuwenden.

§ 85

(1) Ist auf Versetzung auf eine andere Stelle erkannt worden, so tritt der Pfarrer mit der Rechtskraft des Urteils in den Wartestand. Der Pfarrer erhält bis zur Dauer von sechs Monaten Wartegeld in Höhe seiner bisherigen Besoldung; ist im Urteil bestimmt, daß der Pfarrer ein von ihm bekleidetes Aufsichtsamt oder kirchenleitendes Amt verliert, so sind der Berechnung des Wartegeldes entsprechend verringerte Bezüge zugrunde zu legen.

(2) Für die Durchführung der Versetzung gelten die Vorschriften des Pfarrergesetzes über die Übertragung einer anderen Pfarrstelle oder einer allgemeinkirchlichen Aufgabe an einen Pfarrer, der mangels gedeihlichen Wirkens in den Wartestand versetzt worden ist, entsprechend. Der Pfarrer kann auch auf eine Stelle mit geringeren Dienstbezügen und anderer Amtsbezeichnung versetzt werden.

(3) Der Pfarrer hat keinen Anspruch auf Vergütung der ihm durch die Versetzung entstehenden Umzugskosten.

§ 86

(1) Durch die Amtsenthebung verliert der Pfarrer seine Stelle (§ 23 Abs. 2 des Pfarrergesetzes). Er erhält vorbehaltlich der Bestimmungen der Absätze 3 und 4 die Rechtsstellung eines Pfarrers im Wart- oder im Ruhestand.

(2) Das Urteil kann bestimmen, das dem Pfarrer eine Stelle oder ein Beschäftigungsauftrag nicht vor Ablauf einer näher zu bezeichnenden Frist übertragen werden darf.

(3) Wird der Pfarrer in den Wartestand versetzt, so erhält er als Wartegeld vier Fünftel des gesetzlichen Wartegeldes. Das Wartegeld kann im Urteil auf einen geringeren Betrag herabgesetzt werden, jedoch nicht unter die Hälfte des gesetzlichen Wartegeldes.

(4) Wird der Pfarrer in den Ruhestand versetzt, so erhält er die verdienten Versorgungsbezüge. Liegen besondere Gründe vor, so kann im Urteil das Ruhegehalt befristet bis zur Höhe von vier Fünfteln des gesetzlichen Wartegeldes heraufgesetzt oder bis auf die Hälfte des gesetzlichen Wartegeldes herabgesetzt werden. Stirbt der Pfarrer, so endet die Herabsetzung des Ruhegehaltes mit dem Beginn des Sterbemonats; sie endet sonst mit dem Ablauf des Monats, in dem der Pfarrer das 65. Lebensjahr vollendet hat.

§ 87

(1) Bei Amtsenthebung stehen dem Pfarrer bis zum Ablauf des Monats, in dem das Urteil rechtskräftig wird, seine bisherigen Dienstbezüge, von da ab das Wartegeld oder das Ruhegehalt zu.

(2) Tritt der Pfarrer aus dem Wartestand in den Ruhestand, so darf vor Ablauf von fünf Jahren nach Rechtskraft des Urteils

das Ruhegehalt nicht höher sein, als das nach § 86 Abs. 3 herabgesetzte Wartegeld. § 86 Abs. 4 Satz 3 gilt entsprechend.

(3) Tritt der Pfarrer vor Rechtskraft des Urteils in den Ruhestand, so gelten die Bestimmungen des Absatzes 2 entsprechend.

§ 88

Mit der Entfernung aus dem Dienst wird das Dienstverhältnis des Pfarrers beendet. Er verliert das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung. Er verliert ferner das Recht zur Führung der Amtsbezeichnung und etwaiger kirchlicher Titel, das Recht zum Tragen der Amtskleidung und für sich und seine Angehörigen alle in dem bisherigen Dienstverhältnis begründeten besoldungs- und versorgungsrechtlichen Ansprüche und Anwartschaften.

8. Unterhaltsbeitrag

§ 89

(1) Wird auf Entfernung aus dem Dienst erkannt, so kann das Urteil bestimmen, daß dem Beschuldigten für längstens zwei Jahre ein Unterhaltsbeitrag gewährt wird, solange Bedürftigkeit besteht und kein Verhalten vorliegt, das den Empfänger als der Gewährung des Unterhaltsbeitrages unwürdig erscheinen läßt. Das Urteil kann auch bestimmen, daß der Unterhaltsbeitrag ganz oder teilweise an Personen gezahlt wird, zu deren Unterhalt der Verurteilte gesetzlich verpflichtet ist.

(2) Die Entscheidung über Höhe und Weitergewährung des Unterhaltsbeitrages nach Absatz 1 trifft die oberste kirchliche Verwaltungsbehörde. Der Empfänger kann gegen deren Entscheidung in entsprechender Anwendung der Bestimmungen des Pfarrergesetzes Gegenvorstellung erheben (§ 76 Abs. 1 des Pfarrergesetzes) und Nachprüfung beantragen (§ 77 des Pfarrergesetzes).

9. Anfechtbarkeit und Rechtskraft des Urteils

§ 90

(1) Gegen Urteile der Kammer für Amtszucht ist die Berufung zulässig.

(2) Die Berufung ist unzulässig, wenn sie sich nur gegen die Kostenentscheidung richtet oder wenn das Urteil auf Einstellung des Verfahrens (§ 76) lautet.

§ 91

(1) Ist gegen das Urteil Berufung unzulässig, so ist es mit der Verkündung rechtskräftig.

(2) Im übrigen wird das Urteil mit Ablauf der Berufungsfrist rechtskräftig, wenn eine zulässige Berufung nicht eingelegt wurde. Wird auf die Berufung verzichtet oder wird sie zurückgenommen, so tritt die Rechtskraft in dem Zeitpunkt ein, in dem die Erklärung des Verzichtes oder der Zurücknahme dem Senat für Amtszucht zugeht. Verzicht und Zurücknahme können wirksam erst nach Zustellung des mit Gründen versehenen Urteils der Kammer für Amtszucht erklärt werden.

2. Unterabschnitt Berufungsverfahren

1. Einlegung und Zurücknahme der Berufung

§ 92

Die Berufung kann von dem Beschuldigten und von der einleitenden Stelle eingelegt werden. Sie kann auf die erkannte Maßnahme beschränkt werden.

§ 93

(1) Die Berufung muß innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Urteils der Kammer für Amtszucht bei dem Senat für Amtszucht eingereicht und innerhalb eines weiteren Monats nach Ablauf der Berufungsfrist begründet werden. Auf Antrag kann der Vorsitzende die Frist für die Einreichung der Begründung verlängern.

(2) Die Berufungsschrift ist dem anderen Berufungsberechtigten zuzustellen; dieser hat sich binnen einer vom Vorsitzenden des Senats für Amtszucht zu bestimmenden Frist dazu zu äußern.

§ 94

Die Berufung kann nach Beginn der mündlichen Verhandlung nur mit Zustimmung des anderen Berufungsberechtigten zurückgenommen oder auf die erkannte Maßnahme beschränkt werden.

2. Bildung des Senats für Amtszucht

§ 95

Der Senat für Amtszucht wird bei der Vereinigten Kirche gebildet.

§ 96

(1) Der Senat für Amtszucht besteht aus einem rechtskundigen Vorsitzenden und vier Beisitzern. Zwei Beisitzer sind Pfarrer; einer der anderen Beisitzer muß rechtskundig sein.

(2) § 54 gilt entsprechend.

§ 97

(1) Der Vorsitzende und die Mitglieder des Senats für Amtszucht werden von der Kirchenleitung berufen.

(2) Richtet sich das Verfahren gegen einen Pfarrer aus einer Gliedkirche, muß ein Beisitzer Pfarrer der Gliedkirche sein. Zu diesem Zweck beruft die Kirchenleitung zu Beginn der Amtszeit auf Vorschlag der Gliedkirchen je einen Pfarrer und Stellvertreter als Beisitzer. Dieser Pfarrer tritt im gegebenen Fall in den Senat ein.

3. Verfahren vor dem Senat für Amtszucht

§ 98

Mit dem Eingang der Berufungsschrift wird das Verfahren bei dem Senat für Amtszucht anhängig.

§ 99

Der Vorsitzende des Senats für Amtszucht kann die Berufung als unzulässig verwerfen, wenn sie nicht form- und fristgerecht eingelegt oder sonst unzulässig ist. Gegen den Beschluß kann innerhalb von zwei Wochen die Entscheidung des Senats für Amtszucht angerufen werden. Der Senat für Amtszucht entscheidet durch Beschluß.

§ 100

(1) Der Senat für Amtszucht hat die Berufung als unzulässig zu verwerfen, wenn sie nicht form- und fristgerecht eingelegt oder sonst unzulässig ist.

(2) Der Senat für Amtszucht hat das Verfahren einzustellen, wenn die Voraussetzungen des § 15 Abs. 1 und 2 vorliegen.

(3) Sind die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 nicht gegeben, so entscheidet der Senat für Amtszucht in der Sache selbst. Er kann die Berufung als unbegründet zurückweisen oder das Urteil der Kammer für Amtszucht ändern.

(4) Die Entscheidungen des Senats ergehen in den Fällen der Absätze 1 und 2 durch Beschluß, in den Fällen des Absatzes 3 nach mündlicher Verhandlung durch Urteil. Beschlüsse werden mit der Zustellung wirksam, Urteile mit ihrer Verkündung rechtskräftig.

§ 101

Für das Verfahren vor dem Senat für Amtszucht gelten im übrigen die Bestimmungen der §§ 56 Abs. 2, 58 bis 74, 75 Abs. 2 und Abs. 3; 76 Abs. 2 sowie der §§ 77 bis 89 entsprechend.

3. Unterabschnitt

Wiederaufnahme des förmlichen Verfahrens

§ 102

(1) Ein rechtskräftig abgeschlossenes förmliches Verfahren kann auf Antrag wieder aufgenommen werden.

(2) Die Wiederaufnahme ist nur zulässig

1. wenn neue Tatsachen oder Beweismittel vorgebracht werden, die geeignet sind, allein oder in Verbindung mit den früheren Feststellungen eine andere Entscheidung zu begründen, und der Antragsteller nachweist oder glaubhaft macht, daß er sie nicht schon in dem abgeschlossenen Verfahren rechtzeitig geltend machen konnte,
2. wenn ein Mitglied der Kammer oder des Senats für Amtszucht sich in der Sache einer schweren Verletzung seiner Amtspflicht schuldig gemacht hat,
3. wenn in der Kammer oder dem Senat für Amtszucht ein Mitglied bei der Entscheidung mitgewirkt hat, das kirchengesetzlich ausgeschlossen war, sofern nicht die Gründe für den gesetzlichen Ausschluß schon erfolglos geltend gemacht worden waren oder hätten geltend gemacht werden können,
4. wenn auf eine Maßnahme erkannt worden ist, die nach Art oder Höhe in diesem Kirchengesetz nicht vorgesehen war.

§ 103

(1) Die Wiederaufnahme kann von der einleitenden Stelle, von dem Beschuldigten und von seinem gesetzlichen Vertreter beantragt werden. Antragsberechtigt sind auch Hinterbliebene, die aus dem Dienstverhältnis des Beschuldigten eine Versorgung erhalten würden, wenn die angefochtene Entscheidung nicht ergangen wäre.

(2) Der Wiederaufnahmeantrag ist schriftlich an die Kammer oder den Senat für Amtszucht zu richten, deren Entscheidung angefochten wird. Er muß den Wiederaufnahmegrund und die Beweismittel bezeichnen.

(3) Die Antragsberechtigten können einen Verteidiger bestellen.

§ 104

(1) Über die Zulassung des Antrages entscheidet die Kammer oder der Senat für Amtszucht, deren Entscheidung angefochten wird.

(2) Der Antrag ist durch Beschluß zu verwerfen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Antrages nicht gegeben sind oder der Antrag offensichtlich unbegründet ist.

(3) Der Beschluß ist dem Antragsteller und dem Vertreter der einleitenden Stelle zuzustellen.

(4) Gegen den Beschluß der Kammer für Amtszucht ist die Beschwerde zulässig, die innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung bei der Kammer einzulegen ist. Hilft diese der Be-

schwerde nicht ab, so legt sie die Beschwerde dem Senat für Amtszucht vor; dieser entscheidet durch Beschluß endgültig.

§ 105

(1) Mit dem Beschluß über die Wiederaufnahme des Verfahrens wird die Zuständigkeit der Kammer begründet, die in dem früheren Verfahren im ersten Rechtszuge entschieden hat. Der Vorsitzende oder ein von ihm beauftragtes Mitglied nehmen die erforderlichen Ermittlungen vor. Die Bestimmungen über das Verfahren vor der Kammer für Amtszucht gelten entsprechend.

(2) Die Entscheidung der Kammer ergeht durch Urteil. In ihm wird das frühere Urteil aufrechterhalten oder unter Aufhebung des früheren Urteils anders entschieden. Die Bestimmungen des § 75 Abs. 3 und der §§ 89 bis 94 gelten entsprechend.

(3) Die Kammer kann nach Anhörung des Vertreters der einleitenden Stelle und des Antragstellers im schriftlichen Verfahren entscheiden.

§ 106

(1) Das neue Urteil wirkt hinsichtlich der Rechtsstellung des Beschuldigten so, als sei es im Zeitpunkt des früheren Urteils an dessen Stelle ergangen. Hätte der Beschuldigte nach dem neuen Urteil seine Stelle nicht verloren, so ist ihm auf Antrag nach Maßgabe des Pfarrbesetzungsrechts eine der früheren Verwendung angemessene Stelle zu übertragen. Auf die Nachzahlung von Bezügen sind in der Zwischenzeit bezogene Arbeitseinkünfte und Zahlungen, die aufgrund des früheren Urteils oder der durch das frühere Urteil geschaffenen Verhältnisse geleistet worden sind, anzurechnen.

(2) Bei Freispruch kann die zuständige Stelle auf Antrag eine Entschädigung nach billigem Ermessen gewähren.

5. Abschnitt

Gemeinsame Bestimmungen für die Mitglieder der Spruchausschüsse, Kammern und des Senats für Amtszucht

1. Bestellung

§ 107

(1) Die Amtszeit der Spruchausschüsse, der Kammern und des Senats für Amtszucht beträgt sechs Jahre. Den Beginn der Amtszeit regeln die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen je für ihren Bereich.

(2) Für die Mitglieder sind Stellvertreter zu bestellen.

(3) Die Mitglieder und Stellvertreter müssen einem in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltenden Bekenntnis angehören und zu kirchlichen Ämtern wählbar sein.

(4) Die Mitglieder und Stellvertreter im Senat für Amtszucht dürfen nicht Mitglieder eines Organs oder hauptamtliche Mitarbeiter der Vereinigten Kirche sein.

2. Verpflichtung

§ 108

Die Mitglieder der Spruchausschüsse, der Kammern und des Senats für Amtszucht sind an Schrift und Bekenntnis und an Recht und Gesetz gebunden. Sie führen ihr Amt in richterlicher Unabhängigkeit. Die Vereinigte Kirche und die Gliedkirchen regeln die Zuständigkeit zur Abnahme der Verpflichtung.

3. Ausschluß von der Mitwirkung

§ 109

Von der Mitwirkung in den Spruchausschüssen, Kammern und des Senats für Amtszucht sind vorbehaltlich weiterer kirchengesetzlicher Regelung durch die Gliedkirchen ausgeschlossen:

1. wer Ehegatte oder Vormund des beschuldigten Pfarrers ist oder gewesen ist,
2. wer mit dem beschuldigten Pfarrer in gerader Linie verwandt, verschwägert, durch Annahme an Kindes Statt verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht,
3. wer in dem Amtszuchtverfahren als Zeuge oder Sachverständiger vernommen ist, als Untersuchungsführer oder Vertreter der einleitenden Stelle tätig gewesen ist, oder als Mitglied des Spruchausschusses oder der Kammer mitgewirkt hat.

4. Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit

§ 110

(1) Die einleitende Stelle und der Pfarrer (Beschuldigte) können ein Mitglied wegen Besorgnis der Befangenheit ablehnen, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Zweifel an seiner Unparteilichkeit zu rechtfertigen.

(2) Aus dem gleichen Grunde kann sich ein Mitglied selbst für befangen erklären.

§ 111

Über den Ausschluß nach § 109, die Ablehnung nach § 110 Abs. 1 und die Erklärung nach § 110 Abs. 2 entscheidet die Stelle (Spruchausschuß, Kammer oder Senat), der das Mitglied angehört; dabei wirkt anstelle dieses Mitgliedes ein Stellvertreter mit. Der Beschluß ist unanfechtbar.

5. Ende der Mitgliedschaft

§ 112

(1) Die Mitgliedschaft endet:

- a) wenn die Voraussetzungen der Bestellung weggefallen sind,
- b) wenn ein Mitglied sein Amt niederlegt,
- c) wenn ein Mitglied wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen zur Ausübung seines Amtes nicht mehr in der Lage ist.

(2) Auf Antrag der Stelle, die das Mitglied ernannt hat, stellt der Senat für Amtszucht fest, daß die Mitgliedschaft beendet ist.

6. Beratung und Abstimmung

§ 113

(1) Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit getroffen. Auf Entfernung aus dem Dienst kann nur mit einer Mehrheit von vier Stimmen erkannt werden; kein Mitglied darf sich der Stimme enthalten.

(2) An der Beratung und Abstimmung dürfen nur die zur Entscheidung berufenen Mitglieder teilnehmen. Außerdem darf ein nach Maßgabe kirchengesetzlicher Regelung zugezogener Hilfsberichterstatter zugegen sein. Über den Hergang der Beratung und Abstimmung haben alle Beteiligten Stillschweigen zu bewahren.

6. Abschnitt. Kosten

1. Kosten der Amtszuchtverfügung

§ 114

(1) Für eine Amtszuchtverfügung nach

- a) § 16 ff. werden Kosten nicht erhoben,
- b) § 49a gilt § 116 Abs. 1 entsprechend.

(2) Die Kosten des Beschwerdeverfahrens können dem Pfarrer auferlegt werden, wenn die Beschwerde zurückgewiesen wird.

2. Kosten im Spruchverfahren

§ 115

(1) Im Spruchverfahren werden Kosten nicht erhoben.

(2) Ist im Spruchverfahren die Haltlosigkeit der Beschuldigungen festgestellt oder ist das Verfahren eingestellt worden, weil es nicht rechtswirksam eingeleitet worden war oder die Voraussetzungen für die Einleitung nicht vorlagen (§ 15 Abs. 1), so sind dem Pfarrer seine notwendigen Auslagen zu erstatten. Ist das Verfahren aus anderen Gründen eingestellt worden oder ist eine Verletzung der Amtspflicht nicht nachweisbar, so kann der Spruchausschuß bestimmen, daß dem Pfarrer seine notwendigen Auslagen ganz oder teilweise zu erstatten sind.

3. Kosten im förmlichen Verfahren

§ 116

(1) Im förmlichen Verfahren trägt der Beschuldigte die Kosten, wenn er verurteilt wird.

(2) Wird der Beschuldigte freigesprochen, so ist im Urteil zu bestimmen, daß die notwendigen Auslagen zu erstatten sind.

§ 117

(1) Wird das förmliche Verfahren eingestellt, weil es nicht rechtswirksam eingeleitet worden war oder die Voraussetzungen für die Einleitung nicht vorlagen (§ 15 Abs. 1), so trägt die Kosten die Kirche, die das Verfahren eingeleitet hat. Dem Beschuldigten sind seine notwendigen Auslagen zu erstatten.

(2) Wird das förmliche Verfahren aus anderen Gründen eingestellt, so können dem Beschuldigten die Kosten ganz oder teilweise auferlegt und ihm seine notwendigen Auslagen ganz oder teilweise erstattet werden.

(3) Die Entscheidungen nach den Absätzen 1 und 2 sind in der Entscheidung über die Einstellung zu treffen.

§ 118

(1) Hat der Beschuldigte ein Rechtsmittel erfolglos eingelegt oder es wieder zurückgenommen, so trägt er die dadurch entstandenen Kosten.

(2) Sind dem Beschuldigten infolge eines Rechtsmittels, das die einleitende Stelle erfolglos eingelegt oder zurückgenommen hat, notwendige Auslagen erwachsen, so ist anzuordnen, daß ihm diese zu erstatten sind.

(3) Hat die einleitende Stelle ein Rechtsmittel erfolgreich eingelegt, so trägt der Beschuldigte die Kosten.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 gelten für das Wiederaufnahmeverfahren entsprechend.

4. Gemeinsame Bestimmungen

§ 119

(1) Zu den Kosten des Verfahrens gehören:

- a) Fahrtauslagen, Tage- und Übernachtungsgelder des Un-

tersuchungsführers und seines erforderlichen Hilfspersonals sowie des Vertreters der einleitenden Stelle während der Untersuchung,

- b) die Entschädigung der Zeugen und Sachverständigen,
- c) die Aufwendungen für Ladungen und Zustellungen sowie für die Beschaffung von Urkunden und sonstigem Beweismaterial.

(2) Erstattungsfähige Auslagen können sein:

- a) die dem Pfarrer (Beschuldigten) erwachsenen tatsächlichen Aufwendungen,
- b) eine angemessene Entschädigung für den vom Pfarrer (Beschuldigten) hinzugezogenen Verteidiger.

§ 120

(1) Über die Kosten im förmlichen Verfahren, die der Beschuldigte oder im Wiederaufnahmeverfahren der sonstige Antragsteller zu tragen hat, und über die Auslagen, die ihm zu erstatten sind, ergeht ein Kostenbescheid der Geschäftsstelle, der ihm zuzustellen ist.

(2) Gegen den Kostenbescheid ist innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung Beschwerde an den Vorsitzenden der Kammer für Amtszucht zulässig; dieser entscheidet endgültig.

(3) Kosten, die dem Beschuldigten auferlegt sind, können von seinen Dienstbezügen einbehalten werden.

7. Abschnitt

Zustellung, Fristen, Wiedereinsetzung

1. Zustellung

§ 121

Schriftstücke können zugestellt werden

1. durch Übergabe an den Empfänger gegen Empfangsschein; verweigert der Empfänger die Annahme des Schriftstückes oder das Ausstellen des Empfangsscheines, so gilt das Schriftstück mit der Weigerung als zugestellt, wenn darüber eine Niederschrift gefertigt und zu den Akten genommen ist,
2. durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein,
3. durch Postzustellung mit Zustellungsurkunde,
4. durch Bekanntmachung im kirchlichen Amtsblatt, wenn der Aufenthalt des Empfängers nicht zu ermitteln ist,
5. an Behörden und sonstige kirchliche Dienststellen auch durch Vorlegen der Akten mit der Urschrift des zuzustellenden Schriftstückes; der Empfänger hat den Tag, an dem ihm die Akten vorgelegt werden, darin zu vermerken.

§ 122

Mit der Zustellung von Entscheidungen ist eine eingehende Belehrung über die zulässigen Rechtsmittel zu verbinden.

2. Fristen, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

§ 123

(1) Eine nach Wochen oder Monaten bemessene Frist endet mit Ablauf des Tages der letzten Woche oder des Monats, der durch seine Benennung oder Zahl dem Tage entspricht, an dem die Frist begonnen hat.

(2) Fällt das Ende einer Frist auf einen Sonnabend, Sonntag oder auf einen allgemeinen oder kirchlichen Feiertag, so endet die Frist mit Ablauf des nächstfolgenden Werktages.

§ 124

(1) Wird eine Frist versäumt, so ist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, wenn der Antragsteller durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle an der Einhaltung der Frist verhindert war. Als unabwendbarer Zufall ist es anzusehen, wenn der Antragsteller von einer Zustellung ohne sein Verschulden keine Kenntnis erlangt hat.

(2) Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist binnen zwei Wochen nach Beseitigung des Hindernisses bei der Stelle, bei der die Frist wahrzunehmen gewesen wäre, unter Angabe und Glaubhaftmachung der Versäumnisgründe zu stellen. Zugleich ist die versäumte Handlung nachzuholen.

(3) Über den Antrag entscheidet die Stelle, die zur Entscheidung in der Sache selbst berufen gewesen wäre, endgültig.

(4) Durch den Antrag wird die Vollstreckung einer Entscheidung nicht gehemmt; es kann jedoch ein Aufschub der Vollstreckung angeordnet werden.

8. Abschnitt

Vorläufige Dienstenthebung im Amtszuchtverfahren

§ 125

(1) Die einleitende Stelle kann einen Pfarrer vorläufig des Dienstes entheben, ihm die öffentliche Wortverkündigung und die Sakramentsverwaltung sowie die Vornahme von Amtshandlungen ganz oder teilweise untersagen, sobald Ermittlungen eingeleitet worden sind.

(2) Im förmlichen Verfahren kann die einleitende Stelle, wenn nach der Schwere des Tatbestandes angenommen werden kann, daß auf Entfernung aus dem Dienst erkannt werden wird, mit oder nach der vorläufigen Dienstenthebung anordnen, daß ein Teil der jeweiligen Dienstbezüge des Pfarrers, höchstens aber die Hälfte, einbehalten wird. Bei Pfarrern im Warte- oder Ruhestand kann angeordnet werden, daß bis zu einem Drittel des Wartegeldes oder Ruhegehaltes einbehalten wird.

(3) Die einleitende Stelle kann ihre Maßnahmen jederzeit ändern oder wieder aufheben. Sie ist nach einem Urteil der Kammer für Amtszucht verpflichtet, ihre Maßnahmen zu überprüfen.

(4) Der Pfarrer kann bei der Kammer für Amtszucht beantragen, daß die nach den Absätzen 1 und 2 getroffenen Maßnahmen überprüft werden. Der einleitenden Stelle ist Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Der Antrag nach Satz 1 hat keine aufschiebende Wirkung.

(5) Die eingeleiteten Maßnahmen treten mit dem rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens außer Kraft.

§ 126

(1) Die nach § 125 Abs. 2 einbehaltenen Beträge verfallen, wenn rechtskräftig auf Entfernung aus dem Dienst erkannt oder wenn das Verfahren eingestellt wird, weil ein Umstand eingetreten ist, der den Wegfall aller Dienstbezüge ohnehin zur Folge hat. Das gilt nicht für den Fall, daß der Beschuldigte vor dem rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens stirbt.

(2) Verfallen die einbehaltenen Beträge nicht, so sind sie nachzuzahlen, sobald das Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist oder die einleitende Stelle es eingestellt hat. Die Kosten des förmlichen Verfahrens, die der Beschuldigte zu tragen hat, können abgezogen werden.

9. Abschnitt

Begnadigung

§ 127

(1) Im Gnadenwege können im Amtszuchtverfahren getrof-

fene Maßnahmen gemildert oder erlassen werden. Bei Entfernung aus dem Dienst kann im Gnadenwege ein Unterhaltsbeitrag gewährt werden.

(2) Das Begnadigungsrecht steht der Kirche zu, in der das Verfahren eingeleitet worden ist. Eine andere Kirche kann im Amtszuchtverfahren getroffene Maßnahmen im Gnadenwege mildern oder erlassen, wenn die Kirche, in der das Verfahren eingeleitet worden ist, nicht widerspricht; im Falle des Widerspruchs ist die Entscheidung der Bischofskonferenz der Vereinigten Kirche einzuholen.

Dritter Teil

AMTSZUCHTVERFAHREN GEGEN ANDERE ORDINIERTER

§ 128

Die Vorschriften dieses Kirchengesetzes sind entsprechend anzuwenden bei Verletzung der Amtspflicht eines Ordinierten

1. dem bei der Entlassung aus einem kirchlichen Dienstverhältnis Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung belassen worden sind,
2. der ohne Begründung eines kirchlichen Dienstverhältnisses ordiniert worden ist oder
3. dem Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung ohne Begründung eines kirchlichen Dienstverhältnisses wiederbeigelegt worden sind

und der keiner anderen kirchlichen Amtszucht untersteht. Dabei sind die besonderen rechtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen; statt auf Entfernung aus dem Dienst kann auf Verlust von Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung und von anderen bei der Entlassung aus einem kirchlichen Dienstverhältnis belassenen Rechten erkannt werden.

§ 129

(1) Einem Ordinierten, der auf ein in der Evangelischen Kirche in Deutschland geltendes Bekenntnis verpflichtet ist, einer Gliedkirche der Vereinigten Kirche als Glied angehört und keiner anderen kirchlichen Amtszucht unterstellt ist, kann durch die Gliedkirche ein Verweis erteilt werden, wenn er sich Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen, die bei einem Pfarrer eine Amtspflichtverletzung darstellen würden. Die Gliedkirche kann ihm das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung wegen Verfehlungen aberkennen, die bei einem Pfarrer zur Entfernung aus dem Dienst führen würden. Für das Verfahren gilt dieses Kirchengesetz entsprechend mit der Maßgabe, daß ein Spruchverfahren nicht stattfindet.

(2) Das Verfahren ist einzustellen, wenn der Ordinierte auf das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung verzichtet. Der Verzicht ist der Gliedkirche schriftlich zu erklären. Mit dem Verzicht gehen auch das Recht zur Führung der Amtsbezeichnung und etwaiger kirchlicher Titel sowie das Recht zum Tragen der Amtskleidung verloren.

Vierter Teil

AMTSZUCHTVERFAHREN GEGEN KIRCHENBEAMTE

1. Allgemeines

§ 130

Die Vorschriften des zweiten Teiles dieses Kirchengesetzes sind bei der Verletzung der Amtspflicht von Kirchenbeamten

auf Lebenszeit und auf Zeit nach Maßgabe der folgenden besonderen Vorschriften entsprechend anzuwenden.

§ 131

Der Kirchenbeamte verletzt die Amtspflicht, wenn er schuldhaft die Obliegenheiten verletzt oder Aufgaben vernachlässigt, die sich aus seinem Dienst- und Treueverhältnis zur Kirche ergeben, insbesondere wenn er gegen die kirchliche Ordnung verstößt oder sich innerhalb oder außerhalb seines Dienstes nicht so verhält, wie es von einem Kirchenbeamten erwartet wird.

§ 132

Im Amtszuchtverfahren gegen einen Kirchenbeamten muß im Spruchausschuß, in der Kammer für Amtszucht und im Senat für Amtszucht einer der Beisitzer Kirchenbeamter sein.

2. Besondere Bestimmungen für das Spruchverfahren

§ 133

Im Spruchverfahren kann sich der Kirchenbeamte auch des Beistandes eines Kirchenbeamten bedienen.

§ 134

Der Rat nach § 28 Abs. 1 Buchstabe d kann nur dahin erteilt werden, daß sich der Kirchenbeamte auf eine Stelle mit gleichen Dienstbezügen und entsprechender Amtsbezeichnung versetzen läßt. Die Annahme eines Spruches mit diesem Rat steht einer Zustimmung zur Versetzung gleich.

3. Besondere Bestimmungen für das förmliche Verfahren

§ 135

(1) Hat der Kirchenbeamte die Amtspflicht verletzt, kann die Kammer für Amtszucht erkennen auf

- a) Verweis,
- b) Geldbuße,
- c) Gehaltskürzung,
- d) Versetzung auf eine andere Stelle,
- e) Amtsenthebung unter Versetzung in den Wartestand,
- f) Amtsenthebung unter Versetzung in den Ruhestand,
- g) Entfernung aus dem Dienst.

(2) Bei Kirchenbeamten im Warte- oder Ruhestand kann erkannt werden auf

- a) Verweis,
- b) Geldbuße,
- c) Kürzung des Wartegeldes oder Ruhegehaltes,
- d) Versetzung in den Ruhestand oder Entfernung aus dem Dienst, wenn sich der Kirchenbeamte im Wartestand befindet,
- e) Aberkennung des Ruhegehaltes.

(3) Soweit nicht auf Entfernung aus dem Dienst erkannt wird, kann die Kammer für Amtszucht bis auf die Dauer von fünf Jahren

- a) dem Beschuldigten die Ausübung von Nebentätigkeiten untersagen, die mit der gewissenhaften Erfüllung seiner Dienstpflichten nicht zu vereinbaren sind;
- b) dem Beschuldigten die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben verbieten;
- c) dem Beschuldigten, wenn er ordiniert ist und sich im Warte- oder Ruhestand befindet oder gegen ihn auf Amtsenthebung erkannt wird, die öffentliche Wortverkündi-

gung und die Sakramentsverwaltung sowie die Vornahme von Amtshandlungen ganz oder teilweise untersagen.

§ 136

(ist entfallen)

§ 137

(1) Wird auf Versetzung erkannt, so kann der Kirchenbeamte ohne seine Zustimmung auch auf eine Stelle bei einem anderen kirchlichen Dienstherrn seiner Kirche versetzt werden.

(2) Im Urteil ist auszusprechen, ob der Kirchenbeamte auf eine Stelle mit gleichem oder geringerem Endgrundgehalt seiner Laufbahn versetzt wird.

(3) Spricht die Kammer die Versetzung auf eine Stelle mit geringerem Endgrundgehalt aus, so verliert der Kirchenbeamte das Recht, die bisherige Amtsbezeichnung zu führen. Die Kammer bestimmt die neue Besoldungsgruppe und Dienstaltersstufe. Vor Ablauf von fünf Jahren nach Rechtskraft des Urteils darf der Kirchenbeamte nicht befördert werden.

§ 138

Bei Entfernung aus dem Dienst verliert der ordinierte Kirchenbeamte auch das Recht zur öffentlichen Wortverkündung und zur Sakramentsverwaltung sowie das Recht, die Amtskleidung des Pfarrers zu tragen.

§ 139

Die Aberkennung des Ruhegehalts nach § 135 Abs. 2 Buchstabe e hat den Verlust sämtlicher Ansprüche aus dem Dienstverhältnis einschließlich des Anspruchs auf Versorgung und Hinterbliebenenversorgung sowie des Rechts auf Führung der Amtsbezeichnung zur Folge. Die Bestimmungen der §§ 89 und 138 gelten entsprechend.

Fünfter Teil

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 140

(1) Die Vereinigte Kirche und die Gliedkirchen treffen je für ihren Bereich die für die Anwendung dieses Kirchengesetzes erforderlichen Bestimmungen.

(2) Die Bestimmungen der Vereinigten Kirche erläßt die Kirchenleitung durch Rechtsverordnung. Für Vereinbarungen der Vereinigten Kirche über die gemeinsame Bildung des Spruchausschusses und der Kammer für Amtszucht ist die Kirchenleitung zuständig.

(3) Die Gliedkirchen erlassen ihre Bestimmungen nach vorheriger Fühlungnahme mit der Kirchenleitung der Vereinigten Kirche.

§ 141*)

*) Die Bestimmung betrifft das Inkrafttreten und den persönlichen Geltungsbereich des Amtszuchtgesetzes vor und nach dessen Inkrafttreten in der ursprünglichen Fassung vom 7. Juli 1965:

(1) § 140 dieses Kirchengesetzes tritt mit der Verkündung in Kraft. Im übrigen tritt dieses Kirchengesetz am 1. Januar 1967 in Kraft; die Gliedkirchen können für ihren Bereich einen früheren Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmen.

(2) Dieses Kirchengesetz gilt für alle Amtszuchtverfahren, die nach seinem Inkrafttreten eingeleitet werden ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt, zu dem die Verletzung der Amtspflicht begangen worden ist, wenn diese nach dem bisherigen Recht Gegenstand eines Disziplinarverfahrens hätte sein können.

(3) Verfahren, die vor dem Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes eingeleitet wurden, werden nach dem bisherigen Recht durchgeführt.

Nr. 69 Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung zu § 67 a* des Pfarrergesetzes.

Vom 17. November 1989.

Artikel I

Die Rechtsverordnung zu § 67 a des Pfarrergesetzes vom 3. Juni 1983 (ABl. Bd. V Seite 297*) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

»Sie beginnt jeweils am 1. Januar; nach Ablauf der Amtszeit führt die bisherige Pfarrervertretung die Geschäfte bis zur Übernahme durch die neu gebildete Pfarrervertretung fort, längstens jedoch bis zur Dauer von drei Monaten über den Ablauf der Amtszeit hinaus.«

2. § 2 erhält folgende Fassung:

»§ 2

(1) Die nach § 79 Pfarrergesetz vorgesehene Beteiligung der Pfarrervertretung an der Vorbereitung allgemeiner dienstrechtlicher Vorschriften richtet sich nach den Absätzen 2 bis 5.

(2) Die Kirchenleitung informiert die Pfarrervertretung rechtzeitig, wenn sie Aufträge zu Entwürfen von dienstrechtlichen Vorschriften und Richtlinien erteilt.

(3) Die Kirchenleitung übersendet der Pfarrervertretung Entwürfe von Kirchengesetzen zur Stellungnahme, sobald sie den Gliedkirchen zur Stellungnahme nach Artikel 24 Abs. 3 der Verfassung übersandt werden. Die Pfarrervertretung kann innerhalb einer Frist von zwei Monaten eine Stellungnahme abgeben.

(4) Die Kirchenleitung gibt der Pfarrervertretung die Vorlage an die Generalsynode zur Kenntnis.

(5) Die Absätze 3 und 4 gelten auch für Entwürfe von Kirchengesetzen aus der Mitte der Bischofskonferenz und aus der Mitte der Generalsynode.

(6) Entwürfe von Verordnungen mit Gesetzeskraft und von Rechtsverordnungen mit Wirkung für die Gliedkirchen erhält die Pfarrervertretung nach Fertigstellung der Vorlage an die Kirchenleitung. Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend; bei Verordnungen mit Gesetzeskraft kann die Frist auf drei Wochen verkürzt werden.«

Artikel II

Die Rechtsverordnung tritt am 1. Januar 1990 in Kraft.

H a n n o v e r, den 17. November 1989

Der Leitende Bischof

In Vertretung

G. Müller

*) Hinweis der Schriftleitung: Ab 1. Januar 1990 § 79 des Pfarrergesetzes in der Fassung vom 4. April 1989 (ABl. Band VI, S. 82).

Nr. 70 Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung zur Ergänzung des Kirchenbeamtengesetzes.

Vom 17. November 1989.

§ 1

Die Rechtsverordnung zur Ergänzung des Kirchenbeamtengesetzes in der Fassung vom 16. Januar 1985 (ABl. Bd. V Seite 355) wird wie folgt geändert:

1. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

»(1) Die Kirchenbeamtenvertretung nach § 63 Abs. 1 des Kirchenbeamtengesetzes besteht aus drei Mitgliedern; ein Mitglied soll ordiniert sein, ein Mitglied soll rechtskundig sein und ein Mitglied soll dem gehobenen kirchlichen Verwaltungsdienst angehören. Die Amtszeit der Kirchenbeamtenvertretung dauert fünf Jahre und beginnt jeweils am 1. August. Nach Ablauf der Amtszeit führt die bisherige Kirchenbeamtenvertretung die Geschäfte bis zur Übernahme durch die neu gebildete Kirchenbeamtenvertretung, längstens jedoch bis zur Dauer von drei Monaten über den Ablauf der Amtszeit hinaus, fort. Auf die Wahl und das Ausscheiden der Kirchenbeamtenvertreter sind die Vorschriften des Mitarbeitervertretungsgesetzes entsprechend anzuwenden.«

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 4 erhält folgende Fassung:

»Für die Amtszeit der erweiterten Kirchenbeamtenvertretung, die Wahl und das Ausscheiden der Kirchenbeamtenvertreter gilt Absatz 1 Sätze 2 bis 4 entsprechend.«

bb) Satz 5 wird gestrichen.

c) Absatz 3 wird durch folgende Absätze 3 bis 9 ersetzt:

»(3) Die nach § 63 Kirchenbeamtengesetz vorgesehene Beteiligung der Kirchenbeamtenvertretungen an der Vorbereitung allgemeiner dienstrechtlicher Vorschriften richtet sich nach den Absätzen 4 bis 7.

(4) Die Kirchenleitung informiert die Kirchenbeamtenvertretungen rechtzeitig, wenn sie Aufträge zu Entwürfen von dienstrechtlichen Vorschriften erteilt.

(5) Die Kirchenleitung übersendet der Kirchenbeamtenvertretung (§ 63 Abs. 1 Kirchenbeamtengesetz) und der erweiterten Kirchenbeamtenvertretung (§ 63 Abs. 2 Kirchenbeamtengesetz) die nach Absatz 4 gefertigten Entwürfe von Kirchengesetzen zur Stellungnahme. Die Kirchenbeamtenvertretung erhält solche Entwürfe nach Fertigstellung der Vorlage an die Kirchenleitung; die erweiterte Kirchenbeamtenvertretung erhält solche Entwürfe, sobald sie den Gliedkirchen zur Stellungnahme nach Artikel 24 Abs. 3 der Verfassung übersandt werden. Die Kirchenbeamtenvertretungen können innerhalb einer Frist von zwei Monaten eine Stellungnahme abgeben.

(6) Die Kirchenleitung gibt den Kirchenbeamtenvertretungen die Vorlage an die Generalsynode zur Kenntnis.

(7) Die Absätze 5 und 6 gelten auch für Entwürfe von Kirchengesetzen aus der Mitte der Bischofskonferenz und aus der Mitte der Generalsynode.

(8) Entwürfe von Verordnungen mit Gesetzeskraft und von Rechtsverordnungen erhält die Kirchenbeamtenvertretung nach Fertigstellung der Vor-

lage an die Kirchenleitung. Absatz 5 Satz 3 gilt entsprechend; bei Verordnungen mit Gesetzeskraft kann die Frist auf drei Wochen verkürzt werden.

(9) Entwürfe von Verordnungen mit Gesetzeskraft und von Rechtsverordnungen mit Wirkung für die Gliedkirchen erhält die erweiterte Kirchenbeamtenvertretung nach Fertigstellung der Vorlage an die Kirchenleitung. Absatz 8 Satz 2 gilt entsprechend.«

2. In § 31 wird hinter dem Wort »Mutter- und Jugendarbeitsschutz« das Wort », Erziehungsurlaub« eingefügt.

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt am 1. Januar 1990 in Kraft.

H a n n o v e r, den 17. November 1989

Der Leitendé Bischof

In Vertretung

G. Müller

**Nr. 71 Betr. Bekanntmachung der Neufassung des Pfarrergesetzes vom 4. April 1989
hier: Anlage (Ordnung für die Schlichtungsstelle)**

Die Neufassung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 4. April 1989 (ABl. Bd. VI S. 82 ff.) ist versehentlich ohne die Anlage zu § 77 Abs. 3 (Ordnung für die Schlichtungsstelle) bekanntgemacht worden. Sie wird hiermit bekanntgemacht.

H a n n o v e r, den 6. Dezember 1989

Das Lutherische Kirchenamt

In Vertretung

Fritzsche

Ordnung für die Schlichtungsstelle

Anlage zu § 77 Abs. 3 des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

§ 1

(1) Der Antrag auf Nachprüfung durch die Schlichtungsstelle kann nur damit begründet werden, daß

1. eine Entscheidung den Pfarrer in seinem Recht verletzt oder
2. eine Entscheidung unterlassen worden ist, auf die der Pfarrer ein Recht zu haben behauptet.

(2) Der Antrag nach Absatz 1 ist binnen eines Monats nach der Eröffnung oder der Unterlassung der Entscheidung zu stellen.

(3) Die Entscheidung gilt als unterlassen, wenn sie innerhalb von zwei Monaten nach Stellung des Antrages auf Entscheidung nicht ergangen ist und nach Wiederholung dieses Antrages weitere zwei Monate ohne Entscheidung vergangen sind. Der Wiederholungsantrag muß binnen Jahresfrist nach dem ersten Antrag gestellt werden.

(4) Gegen die Versäumung der zur Stellung des Antrages auf Nachprüfung gesetzten Frist von einem Monat kann die Schlichtungsstelle Nachsicht gewähren, wenn die Ablehnung des Antrages wegen Fristversäumung eine unbillige Härte bedeuten würde. Nachsicht kann nicht mehr gewährt wer-

den, wenn bei Stellung des Antrages vier Monate vergangen sind, seitdem die Frist zu laufen begonnen hat.

(5) Der Antrag auf Nachprüfung hat aufschiebende Wirkung, es sei denn, der sofortige Vollzug ist wegen eines besonderen kirchlichen Interesses angeordnet. Die Schlichtungsstelle kann auf Antrag des Antragstellers die aufschiebende Wirkung wiederherstellen, wenn sie es im überwiegenden Interesse eines Beteiligten für geboten hält. Der Antragsteller und das Organ der kirchlichen Verwaltung, dessen Entscheidung nachgeprüft werden soll, sind vorher zu hören.

§ 2

(1) Der Schlichtungsstelle gehören an:

1. ein von einem obersten synodalen Organ bestimmter Obmann, der die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben soll oder der mit den kirchlichen Bestimmungen besonders vertraut ist,
2. ein von einem kirchenleitenden Organ bestellter Beisitzer und
3. ein Beisitzer, den die Vertretung der Pfarrerschaft aus ihrer Mitte bestellt.

(2) Die Mitglieder werden je auf die Dauer von sechs Jahren bestellt. Für die Mitglieder sind Stellvertreter zu bestellen.

§ 3

Die Mitglieder der Schlichtungsstelle entscheiden in richterlicher Unabhängigkeit und sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Sie werden nach ihrer Bestellung vom Bischof hierauf besonders hingewiesen und verpflichtet, ihr kirchliches Ehrenamt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben.

§ 4

(1) Die Schlichtungsstelle hat das Verfahren mit Rücksicht auf Amt, Gemeinde und Kirche sowie die Person des Pfarrers beschleunigt durchzuführen.

(2) Sie klärt den Sachverhalt von Amts wegen. Die Beteiligten sind zu hören. Beteiligte im Sinne dieser Ordnung sind der Antragsteller und das Organ der kirchlichen Verwaltung, dessen Entscheidung nachgeprüft wird.

(3) Nach schriftlicher Vorbereitung sind vor der Entscheidung die Beteiligten zu einer mündlichen Aussprache zu laden und zu hören. Die Verhandlung ist nicht öffentlich.

(4) Im übrigen gestaltet die Schlichtungsstelle das Verfahren im Rahmen dieser Ordnung und der in § 9 vorbehaltenen Bestimmungen in Verantwortung für einen geordneten Ablauf und den geistlichen Charakter des Verfahrens selbst.

§ 5

Der Antragsteller kann sich eines Beistandes bedienen. Der Beistand muß als Pfarrer einer Gliedkirche der Vereinigten Kirche angehören oder ein in einer solchen zu kirchlichen Ehrenämtern wählbares Gemeindeglied sein; er kann zurückgewiesen werden, wenn er nicht die erforderliche Sachkenntnis oder Eignung besitzt.

§ 6

(1) Die Schlichtungsstelle entscheidet mit einfacher Mehrheit.

(2) Die Entscheidung ist schriftlich abzufassen und zu begründen; sie muß den Beteiligten binnen sechs Wochen nach dem Termin der mündlichen Aussprache zugestellt werden.

§ 7

Das Verfahren ist kosten- und gebührenfrei. Wird dem Antrag des Antragstellers ganz oder teilweise entsprochen, so kann in der Entscheidung festgelegt werden, daß dem Antragsteller die notwendigen Auslagen ganz oder teilweise zu erstatten sind.

§ 8

(1) Gegen die Entscheidung ist die Revision an das Verfassungs- und Verwaltungsgericht der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands gegeben, wenn die Verletzung des von der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands gesetzten Rechts oder wesentlicher Verfahrensvorschriften gerügt wird.

- (2) Revision kann zugelassen werden, wenn
1. die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat,
 2. die Entscheidung von einer solchen des Revisionsgerichts abweicht und auf der Abweichung beruhen kann.

Die Nichtzulassung der Revision kann selbständig durch Beschwerde innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung angefochten werden. Sie ist schriftlich bei der Schlichtungsstelle einzulegen. Die Einlegung der Beschwerde hemmt die Rechtskraft der Entscheidung.

§ 9

Im übrigen kann das Verfahren im Rahmen der §§ 123 und 124 des Pfarrergesetzes durch Verordnung geregelt werden.

II. Beschlüsse und Verträge

Nr. 72 **Beschluß der Generalsynode und der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Rezeption der Ergebnisse von Lehrgesprächen.**

Vom 16. Oktober 1989.

Generalsynode und Bischofskonferenz haben mit Zustimmung der Gliedkirchen folgendes beschlossen:

1.1. Die Vereinigte Kirche beteiligt sich an der ökumenischen Arbeit der gesamten Christenheit. Teil der öku-

menischen Arbeit sind bilaterale und multilaterale Lehrgespräche. Die Vereinigte Kirche führt oder begleitet für ihren Bereich Lehrgespräche mit Kirchen anderer Konfession.

1.2. Bei Lehrgesprächen im Sinne dieses Beschlusses handelt es sich um Gespräche zwischen konfessionsverschiedenen Kirchen, die die Lehre von Kirchen zum Gegenstand haben, mit dem Ziel zu prüfen, welches Maß an Übereinstimmung in der Lehre vorhanden ist und welche Konsequenzen für die Gemeinschaft dieser Kirchen daraus gezogen werden können, insbesondere

- ob Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft erreicht werden kann. Davon zu unterscheiden sind solche zwischenkirchlichen Gespräche, bei denen es um Vereinbarungen in Fragen des Rechts, der Organisation und des gemeinsamen Handelns geht.
- 1.3. Aus theologischen Gründen müssen Ergebnisse von Lehrgesprächen, soweit sie zu einer Übereinstimmung geführt haben, rezipiert und in ihren Folgen für das Leben der Kirche geklärt werden. Diese Folgen können unter Aufrechterhaltung des Kerns der Lehrübereinkünfte in den Gliedkirchen unterschiedliche Ausprägungen in den Einzelheiten haben, wenngleich ein möglichst hohes Maß an Gemeinschaft anzustreben ist.
 - 2.1. Hat die Vereinigte Kirche das Lehrgespräch selbst geführt, leitet die Kirchenleitung das Rezeptionsverfahren ein. Dazu übermittelt sie das Gesprächsergebnis der Bischofskonferenz und der Generalsynode und gibt ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Kirchenleitung weist dabei Bischofskonferenz und Generalsynode auf Folgen hin, die sich nach dem Recht der Vereinigten Kirche aus der Rezeption ergeben können.
 - 2.2. Mit den etwaigen Stellungnahmen von Bischofskonferenz und Generalsynode leitet die Kirchenleitung das Gesprächsergebnis den Gliedkirchen mit der Bitte um Zustimmung zu; die Vereinigte Kirche kann eine angemessene Frist setzen. Das Zustandekommen der Beschlüsse der Gliedkirchen richtet sich nach deren Recht. Der Beschluß der Gliedkirche muß auch Auskunft darüber geben, ob sich aus einer Rezeption für die Ordnungen der Gliedkirche Folgen ergeben.
 - 2.3. Die Vereinigte Kirche kann unabhängig vom Beschlußverfahren in den Gliedkirchen die Stellungnahme von theologischen Fakultäten und Hochschullehrern, im Einvernehmen mit der zuständigen Gliedkirche auch von Körperschaften, Ämtern und Einrichtungen der Gliedkirche einholen.
 - 2.4. Nach Eingang der Beschlüsse der Gliedkirchen prüft die Kirchenleitung der Vereinigten Kirche, ob das Rezeptionsverfahren fortgesetzt werden kann; sie kann hierüber in Verhandlungen mit den Gliedkirchen eintreten. Macht eine Gliedkirche durch ihr dafür zuständiges Organ der Vereinigten Kirche gegenüber geltend, daß bei der Rezeption eines Lehrgesprächsergebnisses gegen das Bekenntnis verstoßen würde, muß die Kirchenleitung im Gespräch mit der Gliedkirche — gegebenenfalls mit allen ihren Gliedkirchen — klären, unter welchen Voraussetzungen das Rezeptionsverfahren fortgesetzt werden kann.
 - 2.5. Setzt die Kirchenleitung das Rezeptionsverfahren fort, so leitet sie das Ergebnis des Lehrgesprächs und die gliedkirchlichen Beschlüsse mit einem Beschlußvorschlag der Generalsynode und der Bischofskonferenz zu. Damit verbindet sie eine Ausarbeitung über Folgen für die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen.
 - 2.6. Das Rezeptionsverfahren wird abgeschlossen durch übereinstimmende Beschlüsse von Generalsynode und Bischofskonferenz; die Beschlüsse sind zu verkünden.
 - 2.7. Generalsynode und Bischofskonferenz geben gleichzeitig mit der Rezeption eine Erklärung zu den Folgen der Rezeption heraus. Die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen setzen rezipierte Ergebnisse von Lehrgesprächen in ihre Ordnungen um; dabei ist die Erklärung nach Satz 1 zu berücksichtigen.
 - 2.8. Jedes Organ der Vereinigten Kirche wird seine Beratungen aussetzen, wenn die Sachbehandlung beim Partner des Lehrgesprächs dies geboten oder angezeigt erscheinen läßt.
- 3.1. Auch Ergebnisse von Lehrgesprächen, die nicht in der Verantwortung der Vereinigten Kirche geführt worden sind (z. B. Lehrgespräche des Lutherischen Weltbundes und solche, die von Gliedkirchen der VELKD mit anderen Gliedkirchen der EKD gemeinsam verabredet worden sind), können von der Vereinigten Kirche für ihren Bereich rezipiert werden. Für das Verfahren gelten die Nrn. 2.1. bis 2.8. entsprechend.
 - 3.2. Voraussetzung ist, daß das Ergebnis solcher Lehrgespräche für die Vereinigte Kirche und ihre Gliedkirchen von Bedeutung und die Rezeption angemessen ist.
 - 3.3. Die Gliedkirchen geben an sie gerichtete Bitten auf Rezeption der Ergebnisse von Lehrgesprächen zunächst an die Vereinigte Kirche zum Zwecke gemeinsamer Willensbildung und Entscheidungsfindung weiter.
4. Jede Gliedkirche kann vorschlagen, daß die Vereinigte Kirche in ein Lehrgespräch mit einer Kirche anderer Konfession eintrete.
 - 5.1. Nimmt die Vereinigte Kirche ein Lehrgespräch auf, so unterrichtet sie förmlich ihre Gliedkirchen und berücksichtigt bei der Zusammensetzung ihrer Gesprächskommission das Interesse ihrer Gliedkirchen, durch Personen auch ihres Vertrauens an dem Lehrgespräch mitzuwirken.
 - 5.2. Die Vereinigte Kirche wird im Rezeptionsverfahren prüfen, ob und inwieweit die schon rezipierten Ergebnisse von Lehrgesprächen berührt sind.
 - 5.3. Über die Aufnahme und das Ergebnis eines Lehrgesprächs unterrichtet die Vereinigte Kirche in geeigneter Weise den Lutherischen Weltbund, alle Partner, mit denen sie erfolgreich Lehrgespräche geführt hat, den Exekutivausschuß der Leuenberger Lehrgespräche, die Evangelische Kirche in Deutschland, die Evangelische Kirche der Union in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), die Arnoldshainer Konferenz, den Bund Evangelischer Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik.

H a m e l n, den 17. Oktober 1989

Der Präsident der Generalsynode

V e l d t r u p

Der Leitende Bischof

D. S t o l l

Nr. 73 Entschließung der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zum Bericht des Catholica-Beauftragten.

Vom 19. Oktober 1989.

Die Generalsynode nimmt den Bericht des Catholica-Beauftragten, Bischof Dr. Ulrich Wilckens, mit Zustimmung und Dank entgegen. Sie hat seinen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Glaubensgespräche zwischen der lutherischen und der römisch-katholischen Kirche auf verschiedenen Ebenen, einen Bericht über den Besuch des Papstes in den skandinavischen Ländern und die Vorstellung und Analyse des wichtigen päpstlichen Dokuments »Nachsynodales Apostolisches Schreiben über die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt« vom 30. Dezember 1988 gehört.

1. Wir haben mit Dankbarkeit wahrgenommen, daß das katholische Lehramt mit dem Dokument über die Berufung und Sendung der Laien erstmalig nach den Ausführungen des 2. Vatikanischen Konzils zur Sache eine ausführliche Beschreibung der Bedeutung und Funktion der Laien in der Kirche vornimmt.

Der Papst hebt in diesem Dokument die wichtige Rolle der Laien hervor, indem er die Taufe betont und auf das »gemeinsame Priestertum der Getauften« verweist. Dies ist für den ökumenischen Dialog bedeutsam, weil damit nicht mehr nur das kirchliche Amt allein beherrschend im Mittelpunkt steht, sondern auch dem Kirchenvolk bzw. der Gemeinde eine wichtige Rolle zugebilligt wird. Wir hoffen, daß die Berufung auf das »gemeinsame Priestertum der Getauften« die Basis für weitere ökumenische Annäherung sein wird.

2. Wir freuen uns darüber, daß mit dem Dokument erneut eine ökumenische Übereinstimmung sichtbar wird: Die missionarisch-persönliche Bezeugung des Evangeliums wird als zentrale gemeinsame Aufgabe der Kirchen in unserer Zeit erkannt.

Beide Kirchen erkennen in der Gegenwart den Auftrag, der modernen Welt die Botschaft des Heils in Jesus Christus neu zu bezeugen. Damit stellt sich beiden kirchlichen Traditionen die Aufgabe, missionarisch zu wirken. Ein glaubwürdiges missionarisches Zeugnis in der Welt schließt die Erneuerung des Glaubenslebens in den Häusern und Gemeinden ein. Die Vertiefung des spirituellen Lebens im Gottesdienst und die Bereitschaft zur Mitverantwortung bei der Gestaltung der Welt gehören dabei zusammen.

3. Trotz einiger immer noch ungelöster ökumenischer Fragen wird gemeinsam praktizierte elementare Mission uns helfen, aus der Erfahrung der gemeinsamen Verwurzelung in dem einen Evangelium neue ökumenische Triebe hervorzulassen zu lassen.

Ein hoffnungsvoller Anfang gemeinsamen missionarischen Zeugnisses sind die Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren mit dem ökumenischen Projekt »Neu anfangen« gemacht haben (z. B. Erlangen, demnächst: Ludwigshafen, Ruhrgebiet). Wir möchten dazu ermutigen, diese positiven Erfahrungen aufzugreifen und auf andere Felder zu übertragen. Große Erwartungen setzen wir in diesem Zusammenhang z. B. auf die Diözesan-Synode im Bistum Hildesheim, bei der die Erneuerung des Glaubenslebens unter dem leitenden Gesichtspunkt der Gewinnung missionarischer Kraft ganz im Mittelpunkt steht.

Wir nehmen mit dieser Entschließung ein wesentliches Anliegen der Entschließung der Generalsynode in Veitshöchheim von 1988 erneut auf.

H a m e l n, den 19. Oktober 1989

Der Präsident der Generalsynode

V e l d t r u p

Nr. 74 Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zum Thema Gottesdienst.

Vom 19. Oktober 1989.

1. Die Generalsynode unterstützt den Wunsch der Bischofskonferenz (Klausurtagung der Bischöfe 4. bis 8. März 1989), die Fragen der liturgischen Bildung und Ausbildung in den Mittelpunkt aller weiteren Bemühun-

gen zur Förderung des gottesdienstlichen Lebens zu stellen.

Die Ermutigung, Befähigung und geistliche Bevollmächtigung der den Gottesdienst der Gemeinde tragenden Gemeindeglieder und Mitarbeiter ist gegen Ende der Revisionsarbeit am Agendenwerk vorrangiges Ziel. Es gilt, sowohl die Pastoren als auch die Kirchenmusiker für eine Erneuerungsarbeit am Gottesdienst zu gewinnen und ebenso durch Angebote der Fort- und Weiterbildung sowie der geistlichen Stärkung die ehrenamtlichen Mitarbeiter, die Kirchenvorsteher und die den kontinuierlichen Gottesdienst mittragenden Gemeindeglieder zur Gestaltung der gemeinsamen Gottesdienstfeier zu befähigen.

Die bestehenden Einrichtungen der Vereinigten Kirche wie das Prediger- und Studienseminar in Pullach und das Gemeindegliedkolleg in Celle können durch Fortbildungsangebote und Hilfen zur geistlichen Konzentration auf das Wesen des Gottesdienstes maßgebliche Impulse geben. Sie können diese Aufgabe aber nicht allein erfüllen.

Eine wesentliche Vermittlerrolle für die Erneuerungsbestrebungen in die Gemeinden hinein kommt einer landeskirchlichen Arbeitsstelle für Gottesdienst und Kirchenmusik zu, wie es sie in Hannover bereits gibt, wie sie in Bayern im Aufbau begriffen ist und derzeit auch für die Nordelbische Kirche dringend empfohlen wird. Wir unterstützen die an die Gliedkirchen gerichtete Bitte der Bischofskonferenz, solche Arbeitsstellen mit einzusetzen und womöglich arbeitsteilig in enger Weise zusammenzuarbeiten, damit das Stellungnahmeverfahren zur Erneuernten Agenda begleitet werden kann.

2. Die Generalsynode unterstützt ebenso die Vorschläge der Bischofskonferenz zur liturgischen Ausbildung der Theologen, Prädikanten und Lektoren. Es besteht die Möglichkeit, die derzeit erfolgende Überarbeitung des Ausbildungskonzeptes in die gegenwärtigen Bemühungen einzubeziehen. Vor allem ist jedoch die erste Ausbildungsphase an den theologischen Fakultäten in vielen Fällen nach wie vor ungenügend. Es sollte dringend darauf hingewirkt werden, daß an allen Fakultäten liturgische und hymnologische Lehrveranstaltungen — ggf. durch Lehrbeauftragte — durchgeführt werden.

3. Die Generalsynode beschließt, das Thema Gottesdienst im Gemeindeaufbau zum Schwerpunkt der nächsten Generalsynode in Malente zu machen.

Zur Anregung der Vorbereitung werden folgende Aspekte des Themas genannt:

- Theologie des Gottesdienstes (die »unentbehrliche Versammlung vor Gott« (Stoll)),
- Geist der Liturgie (Spiritualität des Gottesdienstes),
- Einladung zum Gottesdienst (Gottesdienst und pastoraler Dienst),
- kontinuierlicher und punktueller Gottesdienst (Teilnahmeverhalten, Fortschreibung der Gottesdienstumfrage),
- Ökumenizität des Gottesdienstes (LWB-Studie »Gottesdienst in lutherischen Kirchen«),
- Frauen im Gottesdienst
- Gestalten der Predigt
- Lutherischer Gottesdienst in der »3. Welt« (Authentizität und Kontextualität)
- wie »politisch« ist der Gottesdienst?,
- Massenkommunikationsmittel und liturgische Feier,
- Gottesdienst und neuere Religiosität,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gottesdienst.

H a m e l n, den 19. Oktober 1989

Der Präsident der Generalsynode

V e l d t r u p

Nr. 75 **Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur Situation in der DDR.**
Vom 19. Oktober 1989

Die Generalsynode stimmt folgender Aussage im Bischofsbericht zu:

»Wir wissen um die Betroffenheit in den evangelischen Kirchen in der DDR über die große Zahl derer, die ihrem Land den Rücken kehren. Wir teilen die Sorgen mit den Kirchen in der DDR.«

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Ereignisse in der DDR bittet die Generalsynode die Gemeinden der Gliedkirchen:

- a) sich der besonderen Gemeinschaft mit den Kirchen in der DDR bewußt zu sein und deren Verantwortung für ihren eigenen Weg in den gegenwärtigen politischen Fragen in der DDR zu respektieren und mit dem Gebet zu begleiten;
- b) sich im Miteinander der Kirchen und Konfessionen den Menschen, die aus der DDR zu uns kommen, hilfreich zuzuwenden, sie offen und kontinuierlich zu begleiten, um ihnen so die Integration in unsere Gesellschaft zu erleichtern;
- c) ihre partnerschaftlichen Beziehungen mit den Gemeinden in der DDR zu intensivieren und auch junge Menschen zu motivieren, sich an diesen Partnerschaften zu beteiligen.

H a m e l n, den 19. Oktober 1989

Der Präsident der Generalsynode
 V e l d t r u p

Nr. 76 **Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für Hilfen der lutherischen Kirchen im Osten Europas.**
Vom 19. Oktober 1989.

Die Kirchenleitung der VELKD wird gebeten, in Verbindung mit den Gliedkirchen dem Martin-Luther-Bund zusätzliche Mittel in größerem Umfang zur Verfügung zu stellen, um den lutherischen Kirchen im Osten Europas zu helfen.

H a m e l n, den 19. Oktober 1989

Der Präsident der Generalsynode
 V e l d t r u p

Nr. 77 **Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zu Haushaltsfragen.**
Vom 16. Oktober 1989.

Aufgrund von Art. 26 Abs. 3 der Verfassung sowie § 6 des Kirchengesetzes über das Prediger- und Studienseminar der Vereinigten Kirche vom 9. Oktober 1959 wird beschlossen:

1. Dem Lutherischen Kirchenamt wird hinsichtlich der Haushaltsführung, Rechnungslegung und Kassenführung im Rechnungsjahr 1988 Entlastung erteilt.
2. Dem Lutherischen Kirchenamt und dem Rektor des Prediger- und Studienseminars in Pullach wird hinsichtlich der Haushalts- und Kassenführung für das Prediger- und Studienseminar Pullach im Rechnungsjahr 1988 Entlastung erteilt.

H a m e l n, den 16. Oktober 1989

Der Präsident der Generalsynode
 V e l d t r u p

III. Mitteilungen

Nr. 78 **Generalsynode 1990 in Malente**

Auf Einladung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche findet die 6. Tagung der 7. Generalsynode 1990 in Malente statt.

Das Präsidium der Generalsynode setzte als Termin für diese Tagung die Zeit vom 14. bis 18. Oktober 1990 fest. Die Tagung beginnt mit dem Eröffnungsgottesdienst um 17.30 Uhr in der St. Michaelis-Kirche in Eutin. Die Tagung selbst wird in Malente stattfinden.

Nr. 79 **Berichtigung:**
hier: Amtsblatt Band VI, Stück 9, Seite 65

Im Statut für das Gemeindeglied der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 9. September 1988 muß es in § 7 Abs. 4 heißen:

»Der Leiter untersteht der Dienstaufsicht des Lutherischen Kirchenamtes.«

Der abgedruckte Absatz 4 wird Absatz 5.

Wir bitten um handschriftliche Veränderung.

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe														
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
A 1	II	1143,63	1181,44	1219,25	1257,06	1294,87	1332,68	1370,49	1408,30	1446,11						
A 2		1211,37	1249,18	1286,99	1324,80	1362,61	1400,42	1438,23	1476,04	1513,85	1551,66					
A 3		1297,78	1337,72	1377,66	1417,60	1457,54	1497,48	1537,42	1577,36	1617,30	1657,24					
A 4		1346,84	1393,06	1439,28	1485,50	1531,72	1577,94	1624,16	1670,38	1716,60	1762,82					
A 5		1394,10	1446,80	1499,50	1552,20	1604,90	1657,60	1710,30	1763,00	1815,70	1868,40					
A 6		1476,16	1530,79	1585,42	1640,05	1694,68	1749,31	1803,94	1858,57	1913,20	1967,83	2023,78				
A 7		1595,06	1649,69	1704,32	1758,95	1813,58	1868,21	1922,84	1977,47	2033,96	2091,31	2148,66	2208,15	2271,84		
A 8		1670,38	1737,72	1805,06	1872,40	1939,74	2007,68	2078,40	2149,12	2223,49	2302,00	2380,51	2459,02	2537,53		
A 9	I c	1866,34	1935,82	2008,22	2081,19	2155,51	2236,50	2317,49	2398,48	2479,47	2560,46	2641,45	2722,44	2803,43		
A 10		2043,63	2144,26	2244,89	2345,52	2446,15	2546,78	2647,41	2748,04	2848,67	2949,30	3049,93	3150,56	3251,19		
A 11		2381,03	2484,13	2587,23	2690,33	2793,43	2896,53	2999,63	3102,73	3205,83	3308,93	3412,03	3515,13	3618,23	3721,33	
A 12		2593,37	2716,30	2839,23	2962,16	3085,09	3208,02	3330,95	3453,88	3576,81	3699,74	3822,67	3945,60	4068,53	4191,46	
A 13	I b	2938,21	3070,95	3203,69	3336,43	3469,17	3601,91	3734,65	3867,39	4000,13	4132,87	4265,61	4398,35	4531,09	4663,83	
A 14		3024,42	3196,54	3368,66	3540,78	3712,90	3885,02	4057,14	4229,26	4401,38	4573,50	4745,62	4917,74	5089,86	5261,98	
A 15		3410,09	3599,32	3788,55	3977,78	4167,01	4356,24	4545,47	4734,70	4923,93	5113,16	5302,39	5491,62	5680,85	5870,08	6059,31
A 16		3790,11	4008,97	4227,83	4446,69	4665,55	4884,41	5103,27	5322,13	5540,99	5759,85	5978,71	6197,57	6416,43	6635,29	6854,15

Ortszuschlag (Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	926,36	1074,14	1200,58
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	781,45	929,23	1055,67
I c	A 9 bis A 12	694,49	842,27	968,71
II	A 1 bis A 8	654,23	794,95	921,39

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	6059,31
B 2		7186,40
B 3	I a	7518,61
B 4		8018,34
B 5		8591,67
B 6		9133,10
B 7		9659,74
B 8		10208,68
B 9		10890,26

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 126,44 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag ab Stufe 4 für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 40 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 30 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 20 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

IV. Personalnachrichten

Bischofswahlausschuß

Nach dem Ausscheiden von Oberkirchenrat Meister hat die Bischofskonferenz Oberkirchenrat Dr. Strauß in den Bischofswahlausschuß berufen. Der Ausschuß setzt sich danach wie folgt zusammen:

1. Rechtsanwalt MdB Höffkes
2. Richter am Verwaltungsgericht Kalitzky
3. Oberlandeskirchenrat i.R. Kaulitz
4. Schulamtsdirektorin Plath
5. Oberkirchenrat Dr. Strauß
6. Oberprediger Dr. Ulbrich
7. Oberlandeskirchenrat Uhlhorn

Die Herren Rechtsanwalt MdB Höffkes und Richter am Verwaltungsgericht Kalitzky bleiben Vorsitzender bzw. stellv. Vorsitzender.

Gedenkt an eure Lehrer, die euch das Wort
Gottes gesagt haben; ihr Ende schaut an
und folgt ihrem Glauben nach.

Hebräer 13

Bischof i.R.

D. Dr. Hans-Otto Wölber

geboren am 22. Dezember 1913 in Hamburg
gestorben am 10. August 1989 in Hamburg

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands und das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes gedenken in Dankbarkeit und Verehrung ihres früheren Leitenden Bischofs und Vorsitzenden.

D. Dr. Hans-Otto Wölber war von 1969 bis 1975 Leitender Bischof, Vorsitzender der Bischofskonferenz und der Kirchenleitung der VELKD und Vorsitzender des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes. Bischof Wölber hat in unverwechselbarer Weise vor allem als Leitender Bischof die Arbeit der Vereinigten Kirche geprägt und gestaltet. Seine besondere Aufmerksamkeit galt dem Beitrag lutherischer Theologie und speziell der Vereinigten Kirche für die Gesamtheit des Protestantismus in Deutschland. Mit visionärer Kraft hat er beharrlich die Frage nach der Gestalt und dem Wirken der Volkskirche in einer sich verändernden Gesellschaft gestellt und zu beantworten versucht.

Seine Berichte als Leitender Bischof, seine Beiträge in den Lutherischen Monatsheften, zu deren Herausgebern er gehörte, und viele andere Äußerungen und auch spontane Gesprächsbeiträge luden ein, sich mit ihm auf einen Weg gemeinsamen Überlegens zu begeben; sie forderten gleichermaßen Zustimmung und Kritik heraus.

Unser Dank gilt dem Bischof und Repräsentanten der Kirche, dem vollmächtigen Prediger, dem verständnisvollen Seelsorger und dem engagierten Publizisten Hans-Otto Wölber.

Für die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands und das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes

D. Karlheinz Stoll
Leitender Bischof der VELKD
Vorsitzender des DNK

Dirk Veldtrup
Präsident der Generalsynode

Friedrich-Otto Scharbau
Präsident des Lutherischen Kirchenamtes

Käte Mahn
Geschäftsführerin des Deutschen Nationalkomitees
des Lutherischen Weltbundes

Als Jesus vollendet war, ist er für alle,
die ihm gehorsam sind, der Urheber des
ewigen Heils geworden.

Hebräer 5, 9

Oberkirchenrat a. D.

Albert Mauder

geboren am 18. Februar 1929
gestorben am 1. November 1989

Am 1. November 1989 ist der Oberkirchenrat a. D. Pfarrer Albert Mauder, Bad Kleinkirchheim/Österreich, im Alter von 60 Jahren verstorben. Albert Mauder wurde am 1. Juni 1957 ordiniert und hat der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) vom 1. September 1974 bis zum 31. August 1982 als Oberkirchenrat im Lutherischen Kirchenamt in Treue gedient. Seine umfassende Bildung und seine Neigungen und Kenntnisse auf dem Gebiet der Liturgik hat er engagiert in seinen Dienst eingebracht.

Wir werden das Andenken an OKR a. D. Mauder in Ehren halten.

Möge er nun schauen, was er auf Erden geglaubt hat.

Hannover, den 6. November 1989

Scharbau
Präsident

Für die Mitarbeiter
Gerlinde Hopp

Herr, du bist unsre Zuflucht für und für.
Ehe denn die Berge wurden und die Erde
und die Welt geschaffen wurden,
bist du, Gott, von Ewigkeit zu Ewigkeit.
Psalm 90, 1 – 2

Jutta Köhn

geborene Jantsch

geboren am 29. September 1930
gestorben am 23. November 1989

Am 23. November 1989 ist Jutta Köhn, Pullach, im Alter von 59 Jahren in Oberstaufen verstorben. Frau Köhn trat mit Eröffnung des Prediger- und Studienseminars in Pullach am 1. Oktober 1960 in die Dienste der Vereinigten Kirche und war bis zum Beginn ihrer schweren Krankheit im Jahre 1983 in Pullach fürsorglich tätig.

Wir werden das Andenken an Frau Jutta Köhn in Ehren halten.

Möge sie nun schauen, was sie auf Erden geglaubt hat.

Hannover, den 28. November 1989

Scharbau
Präsident

Für die Mitarbeiter
Gerlinde Hopp